

Bezugspreis:

Vom 21. - 27. Okt. 1600 Millionen M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 21. - 27. Oktober für Deutschland, Pommern, Saar- und Rheingebiet sowie Ostpreußen u. Danzig 1470 Millionen für das übrige Ausland 1320 Millionen Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wort und Bild“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Sichtung und Kleingarten“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 26. Oktober 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkonton: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Dönhofsstr. 12

Anzeigen-Grundpreise:

Die einspaltige Kompletzelle 400 Mark, Reklamezeile 2000 Mark. „Kleine Anzeigen“ das fertige gedruckte Wort 120 M. (zweifach zwei fertige gedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 M. Stelleanzeige das erste Wort 60 M., jedes weitere Wort 50 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zelle 40 M. Alle Grundpreise mal Schlüsseljahr kurzzeit 12 Millionen.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 8 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

Eine Kundgebung der besetzten Gebiete.
Reden Sollmanns und Strefemanns in Hagen.

Hagen, 25. Oktober. (WZB.) Im Kreishaus zu Hagen fand heute eine Besprechung über die Lage im besetzten Gebiet statt, an der der Reichsstaatskanzler mit den Reichsministern des Innern und für die besetzten Gebiete, der preussische Ministerpräsident und Vertreter der politischen Parteien und Wirtschaftskreise aus den verschiedenen Teilen des besetzten Gebiets teilnahmen.

Der Reichsstaatskanzler erklärte mit allem Nachdruck, daß die Reichsregierung nicht im entferntesten daran denke, das besetzte Gebiet seinem Schicksal zu überlassen, und daß etwa in dieser Hinsicht bestehende Befürchtungen absolut unbegründet seien. Er legte im einzelnen dar, in welcher Weise die Reichsregierung unter Berücksichtigung der schwierigen Finanzlage des Reiches die finanziellen Leistungen für das besetzte Gebiet geregelt habe. Diese sollen auch weiterhin in den Grenzen der Leistungsmöglichkeit des Reichs fortgesetzt werden. Zu den gegenwärtigen separataktischen Versuchen bemerkt der Reichsstaatskanzler, daß nach wie vor die Zurückweisung solcher vaterlandslosen Bestrebungen erwartet werden müßte, und daß für die Reichsregierung und die Länderregierungen jeder Gedanke einer Losreißung besetzten Gebietes vom Reich und den Ländern selbstverständlich ausgeschlossen sei.

An die Darlegungen des Reichsstaatskanzlers, denen der preussische Ministerpräsident für die preussische Staatsregierung in vollem Umfang beitrug, schloß sich eine mehrstündige Aussprache. Vor allem wurde dabei von den Vertretern des besetzten Gebietes auf die mit der ungeheuren Erwerbslosigkeit und der Lebensmittelnot für das besetzte Gebiet verbundenen Gefahren hingewiesen. Die Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels für das besetzte Gebiet wurde als besonders dringlich bezeichnet. Die Vertreter der Reichsregierung sagten möglichste Hilfe zu. Ein vorläufiges wertbeständiges Zahlungsmittel werde nach Mittelung des Vorstehenden der Städtevereinigung von rheinischen Städten mit Genehmigung der Reichsregierung geschaffen werden. Es wurde mitgeteilt, daß die Parteien des besetzten Gebietes zur Sicherung einer ständigen engen Fühlungnahme untereinander und mit der Reichsregierung und zur Mitwirkung bei den notwendigen Verhandlungen auf wirtschaftlichem Gebiete einen Ausschuss von 15 Personen bereits eingeseht hätten.

Die Kundgebung in der Stadthalle.

Hagen, 25. Oktober. (II.) Die am heutigen Abend in der hiesigen Stadthalle stattgefundene Versammlung, in der neben Innenminister Sollmann, dem Reichsminister der besetzten Gebiete, Fuchs, auch Reichsstaatskanzler Dr. Strefemann das Wort ergriff, erfreute sich eines riesigen Besuches seitens aller Kreise der Bevölkerung. Zunächst ergriff Reichsstaatsminister Sollmann das Wort. In den Vordergrund seiner Ausführungen stellte er die Not, die in den besetzten Gebieten besonders trotz in die Erscheinung trete. Bei aller Kritik sollte nicht vergessen werden, daß noch nie eine Regierung unter so ungeheurer schwierigeren Verhältnissen zu arbeiten hatte, wie das Kabinett Strefemann. Das deutsche Volk könne nur dadurch zur Gesundheit und zu besseren Verhältnissen kommen, daß es nicht mut- und kraftlos sich in das Unvermeidliche füge, sondern mit aller Tatkraft und mit dem Glauben an eine höhere Verurteilung Deutschlands alle Hände an die Wiederaufbauarbeit gelegt würden. Nach dem Minister des Innern sprach der Minister für die besetzten Gebiete, Dr. Fuchs.

Hierauf ergriff Reichsstaatskanzler Dr. Strefemann, von der Versammlung lebhaft begrüßt, das Wort zu folgenden Ausführungen: Deutsche Männer und Frauen, das unerhörte Ausmaß deutscher Not hat uns heute zusammengeführt. Wir stehen wohl jetzt auf dem Höhepunkt des Kampfes um Rhein und Ruhr, eines Kampfes, der mit ungleichen Waffen gekämpft wird. Neuerdings versuchen die Separatisten, gestützt auf französische und belgische Hilfe, das Rheinland mit Gewalt zu unterwerfen. Das ist ein Wortbruch aller schlimmster Art gegenüber den feierlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages und den Grundgesetzen des internationalen Rechts. Mit diesem Karnevalsputz muß innerhalb 24 Stunden ein Ende gemacht werden. (Lebhaftes Bravo.) Trotz des ungleichen Kampfes sind unsere Brüder am Rhein und Ruhr stets für unser Vaterland eingetreten. Sie haben das Beispiel der Einheit gegeben. Ihnen sei deshalb auch an dieser Stelle unser heißer Dank ausgesprochen. Er gilt nicht minder den mackeren Männern der Schupo, wie auch unseren Beamten, die dort unter entsetzlichen Qualen und seelischem Druck nur ihre Pflicht getan haben. (Bravo!) Uns allen aber droht jetzt das Gespenst der immer weiter um sich greifenden Erwerbslosigkeit, der Teuerung und des Währungsverfalls. Worin liegen die Ursachen dieser Erscheinungen? Ich darf anknüpfen an das Wort des Reichsministers Sollmann, der gesagt hat:

Diese Ursachen liegen in der bewußten Politik, die Frankreich gegen uns betreibt.

Sein Einbruch erfolgte gegen das geschriebene und verbrieftete Recht und gegen das ungeschriebene Menschenrecht der Völker. Wir haben uns dem im passiven Widerstand widersetzt. Man sagt zwar, er sei eine falsche Waffe gewesen, er hat aber der Welt das eine gezeigt, wie man seinem Lande aufrichtig die Treue hält. Wir sind gezwungen worden diesen Widerstand abzubringen. Wir haben ihn abbrechen müssen aus Liebe zum deutschen Volk und um klare Verhältnisse zu schaffen in der internationalen Einstellung der Völker. Der ganze Vertrag von Versailles ist kein Vertrag des Friedens. Jetzt, wo die deutsche Regierung zur Einstellung des Widerstandes aufruft, behauptet man, daß er trotzdem noch nicht aufgehört habe. Es ist selbstverständlich, daß wir die Menschen nicht einfach verhungern lassen können. Wenn man französischerseits sagt, erst dann sei der Widerstand abgebrochen, wenn der Zustand vom 11. Januar wiederhergestellt sei, dann möchte ich fragen, ob es auch im Willen Frankreichs liegt, seinerseits diesen Zustand wieder herzustellen. Ich wiederhole hier, was ich kürzlich im Reichstag gesagt habe: Unser ist der Besitz, unser das Land. Wir sind bereit, zu einer anderen Lösung unsere Unterschrift zu geben. (Beifall.) Nicht nur das Ruhrgebiet hat man uns geraubt, man hat auch das Rheinland wie eine französische Militärsolonie behandelt. Für das Rheinland besteht aber das Rheinlandsabkommen. Wenn man heute sagt, es sollen dort erst die früheren Zustände wiederhergestellt werden, wenn der passive Widerstand abgebrochen ist, dann frage ich: Was hat sich nun geändert? Hat man die Gefangenen freigegeben? Man geht weiter mit Ausweisungen und Drangsalierungen vor. Jetzt wird uns sogar ein Vertrag für die französische Regie vorgelegt. Sie verlangt von uns, daß wir die Eisenbahnen ausliefern. Ist das überhaupt noch eine Souveränität des Rheinlandes? Wir haben uns nicht 24 Stunden besonnen und denken nicht daran, sie preiszugeben. (Beifall.) Es muß einmal die Zeit vorüber sein, in der man auf dem Wege der Diktatur weiter mit uns sprechen kann. (Bei Schluß der Redaktion lag der weitere Bericht noch nicht vor.)

Sozialdemokratie und die Pfalz.

Der Parteivorstand hat gestern folgendes Telegramm an den sozialdemokratischen Bezirksvorstand in Ludwigshafen geschickt: „Ersuchen dringend, in Pfalzfrage Einvernehmen mit Koalitionsparteien herzustellen. Jegliche Maßnahme, die auch nur indirekt französische Rheinbundpläne unterstützt, ist unbedingt zu unterlassen.“

Der Reichstag soll heute in der Frage der staatlichen Stellung der Pfalz endgültig Beschluß fassen, und zwar auf ein Verlangen des Generals de Meig hin. Der General hat eingesehen, daß er die Sache zu früh aus dem Saal gelassen hatte, und er versucht jetzt, seinen Fehler zu korrigieren, indem er so tut, als ob er mit dem Verbleiben der Pfalz im Rahmen des Reichs einverstanden sei. Nachdem nun aber die französische Rheinbundpolitik ihre Karten aufgedeckt hat, ist es klargeworden, daß der gut gemeinte Plan einer selbständigen Pfalzrepublik im Rahmen des Reichs zur Förderung französischer Loslösungspläne mißbraucht werden soll. Und damit ist auch die Stellung der Sozialdemokratischen Partei zu ihm gegeben.

Die an diesem Plan beteiligten Genossen mußten nach ihrer Kenntnis der örtlichen Verhältnisse wissen, ob seine Durchführung als eine rein innerdeutsche Angelegenheit behandelt werden konnte. Daß sie die Absicht hatten, ihn als eine solche zu behandeln, sehen wir als selbstverständlich voraus. Verhandlungen mit dem französischen General darüber können wir nicht gutheißen, auch wenn sie in der besten Absicht geführt wurden, den Interessen des Reiches zu dienen. In einem Artikel, der sich mit dem Verhalten der pfälzischen Genossen beschäftigt, sagt die „Münchener Post“: „Ihre Taktik war falsch, auch wenn sie von den besten Absichten für die Pfalz und das Reich geleitet war, um deswillen falsch, weil sie den französischen Imperialismus vollständig verkannt.“ Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages hat zwei ihrer Mitglieder nach der Pfalz delegiert, um an Ort und Stelle Informationen einzuziehen.

Die pfälzischen Genossen werden erkennen, daß eine veränderte Lage eine veränderte Taktik erfordert. Durch das Eingreifen der französischen Besatzungsbehörde ist eine ganz neue Lage entstanden, die neue Entschlüsse fordert. Größer als die Gefahr von München hat sich die von Paris erwiesen, gegen sie muß geschlossene Front gemacht werden.

de Meig will die Pfalz „befreien“!

Berlin, 25. Oktober. (WZB.) Nach hier eingegangenen Meldungen soll trotz des gestrigen Mißerfolges morgen nachmittag 4 Uhr die autonome Republik in Speier ausgerufen werden. Zu dieser Stunde hat General de Meig eine Versammlung des Reichstages und der Führer der politischen Parteien, der Gewerkschaften sowie Vertreter von Industrie und Handel einberufen. Dieser Versammlung will der General die Verklärung der Pfalzrepublik erneut vorschlagen und er soll diesen Plan auch dann durchzuführen entschlossen sein, wenn die Versammlung ihn ablehnt. General de Meig versuchte, die pfälzischen Sozialdemokraten damit einzufangen, daß er in der Erklärung, die gestern von Major Louis abgegeben wurde und die vorher mit den pfälzischen Sozialdemokraten vereinbart war, ursprünglich die Ausweisung der Pfalzrepublik als eines autonomen Staates innerhalb des Rahmens des Deutschen Reichs vorgesehen hatte. Major Louis ließ dann die Worte: „innerhalb des Rahmens des Deutschen Reichs“ in seiner Erklärung weg, was dazu führte, daß die Sozialdemokraten in Uebereinstimmung mit den bürgerlichen Parteien sich für die Ablehnung erklärten. Heute hat nun General de Meig behauptet, es habe bei der Auslassung des Major Louis ein Uebereinkommen vorgelegen. Mit dieser Ausrede sucht er aufstrebend die Sozialdemokraten wieder einzufangen. Als feststehend kann angenommen werden, daß die Franzosen zielbewußt auf die Loslösung der Pfalz nicht nur von Bayern, sondern auch vom Reich ausgehen.

Die Reichsregierung hat, wie wir erfahren, den Geschäftsträger in Paris, der bereits wegen der Vorgänge in Düsseldorf, Bonn und anderen Städten bei der französischen Regierung wiederholt vorstellig geworden ist, beauftragt, gegen das Vorgehen des Generals de Meig in der Pfalz Protest zu erheben.

Mit dem Telegraphenbureau verbreitet einen sehr dramatischen Bericht über eine Besprechung des Generals de Meig mit pfälzischen Vertretern, die in Gehrod und Zylinder zu ihm befohlen waren. Zunächst verhandelte man über die wertbeständige Währung, dann befohl der General, den Abg. Hoffmann, Kaiserslautern und die Herren Wagner und Kleesot hereinzuholen. Er forderte den Vorsitzenden des Reichstages, Dr. Petersdorffer, sodann auf, seinen Platz an Hoffmann abzutreten, der jedoch den freigewordenen Stuhl nicht einnahm. Danach soll Hoffmann folgende Erklärung abgegeben haben: Er wisse genau und sei sich dessen bewußt, daß sein Vorgehen Hochverrat sei. Er folge jedoch nur dem Vorbild des bayerischen Generalstaatskommissars Dr. v. Kahr. Der Vorsitzende der Freien Bauernschaft der Pfalz, Heinrich Dröls, und der Vorsitzende der pfälzischen Kreisbauernammer Steig gaben die Erklärung ab, daß sie dem Antrag Hoffmann-Kaiserslautern auf Bildung einer autonomen (?) Pfalz schon jetzt zustimmen, wenn die autonome Pfalz außerhalb (?) des Rahmens des Deutschen Reiches gebildet werde. Reichstagsabgeordneter Hoffmann und seine Freunde erklärten in der Besprechung, daß sie unter allen Umständen an ihrem Antrag und an einer autonomen Pfalz festhalten würden, auch wenn die bürgerlichen Parteien sich nicht einverstanden erklärten. Auf Ersuchen der Vertreter der bürgerlichen Parteien stand de Meig den politischen Parteien eine Frist von zwei Tagen zur Entscheidung über den Antrag Hoffmann zu.

Unmittelbar nach der Ablehnung des Autonomieantrages von dem pfälzischen Reichstag wurde Generalstaatsrat Dr. Knock von der pfälzischen Kreisregierung, der frühere bayerische Vertreter und Reichskommissar für die besetzten Gebiete, in seinem Bureau festgenommen und auf Befehl des Generals de Meig ausgewiesen und sofort ins unbesetzte Gebiet abgehoben.

Eine Versammlung politischer Persönlichkeiten aus der ganzen Pfalz, an der Vertreter aller politischen Parteien beteiligt waren, erklärte das Vorgehen des Reichstagsabgeordneten Hoffmann-Kaiserslautern und Genossen als einen offensichtlichen Verrat an der deutschen Sache. So wie die Dinge zurzeit liegen, sei Hoffmann ob mit oder ohne seine Einwilligung ein Werkzeug in den Händen des Generals de Meig.

General de Meig hat einem Beamten der pfälzischen Kreisregierung gegenüber erklärt, Bayern habe sich eines Verfassungsbruches schuldig gemacht. Die französische Besatzung könne dies nicht dulden. (Das geht sie gar nichts an! Red. d. W.) Er müsse feststellen, daß die bayerische Staatshoheit in der Pfalz ausgeübt habe und daß bayerische Beamte in der Pfalz nicht mehr tätig sein könnten. Die Frage, ob diese Entscheidung von der Interalliierten Rheinlandkommission getroffen worden sei, verneinte General de Meig und erklärte, daß sie von Tirard getroffen worden sei.

All diese Meldungen geben ein stark verändertes Bild gegenüber der ersten uns zugegangenen Darstellung und machen es wahrscheinlich, daß sich der Abg. Hoffmann-Kaiserslautern in eine Situation verrammt hat, in der er tat-

fächlich gegen seine Absicht ein Gefangener des Generals de Metz und der Separatisten geworden ist. Er kann sich aus ihr nur befreien, indem er von den separatistischen Bestrebungen, die er ja nicht unterstützt, sondern bekämpfen wollte, unzweideutig abrückt, und den Verdacht, als spiele er das Spiel des französischen Imperialismus, durch die Tat enttrübt.

Mahnahmen der Münchener Regierung.

Die Münchener Regierung hat laut WTB. gegen die Pfalz für den Fall ihrer Loslösung folgende Mahnahmen in Aussicht genommen:

1. den Beamten wird verboten, sich einer verfassungswidrigen Regierung in der Pfalz zur Verfügung zu stellen.
2. Die bayerische Staatsregierung wird alle Rechte der Beamten wahren.
3. Nahrungs- und sonstige sowie alle bisher bewilligten Subventionen unterbleiben gegenüber einer Pfalzrepublik.

Die Münchener Regierung gibt damit der Reichsregierung eine derbe Lektion. Hätte die Reichsregierung gegenüber dem bayerischen Verfassungsbruch die gleiche Entschlußkraft an den Tag gelegt, so wären die verfassungswidrigen Kahr-Diktatur und Vossows Meuterei längst erledigt. Dann wären uns aber auch die Vorgänge in der Pfalz erspart geblieben!

Die Stellung der Sozialdemokratie.

Neustadt a. d. Haardt, 25. Oktober. (Wtb.) Unter dem Vorsitz des Geheimrats Dr. Begerdörffer fand heute eine Verhandlung von Vertretern sämtlicher Parteien der Pfalz mit den Herren Kleeftot-Ludwigshafen und Dr. Wagner-Ludwigshafen statt. Kleeftot erklärte, daß er erst morgen vormittag blüdigem Beschluß geben könne, da morgen vormittag die Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes der sozialdemokratischen Partei der Pfalz und Ludwigshafen stattfindet. Er betonte, daß auch der Beschluß des Bezirksvorstandes im Interesse der Heimat und des Vaterlandes gefällt werden würde. Geheimrat Dr. Begerdörffer schloß die Sitzung mit dem Wunsch, daß der Beschluß des erweiterten Bezirksvorstandes der sozialdemokratischen Partei der Pfalz zum Segen der Pfalz ausfallen werde. Der Reichstagsabgeordnete Hoffmann-Kaiserlautern war der Versammlung ohne Begründung ferngeblieben.

Das hungernde Ruhrgebiet.

Bochum, 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das Ruhrgebiet befindet sich jetzt infolge der durch die Geldknappheit entstandenen Hungersnot in hellem Aufbruch. Hungerrevolten werden aus fast allen Orten gemeldet, so u. a. aus Essen, Horst-Emscher, Buer, Herne und Langendreer. Die Geschäfte kaufen nicht mehr ein, weil ihnen das Risiko zu groß ist. Dadurch wird die Not noch größer. Bei den Feldplünderungen läßt sich eine Organisation großen Stils feststellen. Nicht nur die Felder, sondern auch einzeln liegende Bauernhöfe werden überfallen und deren Besitzer bei Gegenwehr furchtbar mißhandelt, wie es dieser Tage u. a. im Gebiete der Gemeinde Harpen der Fall war. In Querenburg wurde am Donnerstag morgen, als es noch dunkel war, bei einem solchen Ueberfall auf einem Bauernhof eine Kuh, ein Schwein und drei Kälber abgeschlachtet und mitgenommen.

In Bochum erschienen am Mittwoch abend verdächtige Elemente von auswärts, die offenbar gekommen waren, um Unruhen herbeizuführen. Das ist ihnen auch gelungen. Mehrere Lebensmittelgeschäfte in den am Marktplatz gelegenen Straßen wurden geplündert. Die herbeigekommene Polizei wurde mit Schüssen empfangen. Sie gab Gegenfeuer, wobei einige Personen verletzt worden sind. Am Donnerstag vormittag war ein planmäßiges Vorgehen gegen die Polizei festgestellt. Mehrere Polizeibeamte wurden überfallen und zum Teil schwer verletzt. Da die Polizei immer stärker bedroht wurde, machte sie von der Schußwaffe Gebrauch. Die Folge waren 2 Tote und 19 Verletzte.

Bei Ausschreitungen in Langendreer wurden mehrere Lebensmittelgeschäfte, darunter das Warenhaus Hsberg, vollkommen ausgeplündert. In anderen Geschäften

setzte die Menge die Presse herab und verteilte die Waren. Die Polizei sah sich genötigt, Schredtschüsse abzugeben. Dabei wurde der neunjährige Sohn eines Bergmanns getötet. Die Erregung unter den Bergleuten ist sehr groß, weil nunmehr feststeht, daß sie am Montag auf allen Zechen zur Entlassung kommen. Am Freitag erhält jeder Bergmann nur 12 Milliarden ausgezahlt.

Freilassung der Kruppdirektoren?

Köln, 25. Oktober. (Wtb.) Wie die „Kölnische Volkszeitung“ aus Essen meldet, sind Krupp von Bohlen und Halbach sowie die drei in Düsseldorf gefangen befindlichen Kruppischen Direktoren zur Erledigung dringender geschäftlicher Angelegenheiten auf 7 Tage aus der Haft nach Essen beurlaubt worden. Wie verlautet, finden am Montag Verhandlungen statt über die Haftentlassung weiterer politischer Gefangener. Man nimmt an, daß die Beurlaubung der Kruppischen Direktoren die Einleitung zu ihrer endgültigen Freilassung sein wird.

Vor der Währungswende.

Ueber die Goldanleihe zur Rentenmark und zur Goldnote.

Der Uebergang zur Goldwährung wird nun endlich vollzogen. Wie wir an anderer Stelle ausführlich berichtet, sind nicht nur die Zwischenlösungen bis ins letzte vorbereitet, auch mit der Schaffung einer Goldnote soll demnächst begonnen und damit die echte Goldwährung geschaffen werden. Die Forderung, daß die Reichsbank Goldnoten ausgeben solle, hat Genosse Hilferding in ganz ähnlicher Form, wie es jetzt gemacht wird, noch in der Zeit der Regierung Cuno in unserem Blatt erhoben und als Reichsfinanzminister immer verfolgt. Daß die Reichsbank damals die Durchführung immer wieder verzögert und belächelt hat, sich aber jetzt endlich zu dem damals gewiesenen Weg entschlossen hat, zeigt erneut den Mangel an Weitsicht und Entschlußkraft, der das Reichsbankdirektorium auszeichnet. Sie trägt dadurch an dem wirtschaftlichen Chaos der letzten Zeit schwere Mitschuld. Die Mahnahmen sind nur im Zusammenhang mit dem gesamten Währungs- und Finanzprogramm zu beurteilen. Zu fordern ist aber schon jetzt, daß das Reich nun auch die Zahlung bestimmter Steuern, wie der Börsenumsatzsteuer, der Luxussteuer usw. in Goldnoten verlangt.

Heute oder morgen dürften die auf kleine Beträge lautenden Interimscheine der Goldanleihe in den Verkehr kommen und damit das erste wertbeständige Zahlungsmittel in die Hände der Arbeiterschaft gelangen. Bald nach der Goldanleihe, in etwa 14 Tagen, wird auch die Rentenmark, die in goldverzinslichen Rentenbriefen einlösbar ist, als Zahlungsmittel erscheinen.

Selbst wenn man wie wir Zwischenlösungen mit größter Zurückhaltung gegenübersteht, ist die Hoffnung berechtigt, daß diese Zahlungsmittel eine größere Wertbeständigkeit haben und erhalten werden als die Papiermark. Dazu gehört ja nicht viel, wenn man sich daran erinnert, daß noch vor zwei Monaten die Mark 6500mal so viel wert war wie heute. Die neuen Geldzeichen werden fraglos viel wertbeständiger sein, besonders wenn es gelingt, den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Würden die Gesetzgeber selbst an die absolute Wertbeständigkeit der neuen Zahlungsmittel glauben, so könnte man sich die Rückkehr zur echten Goldwährung ersparen, die jetzt ebenfalls vorgesehen ist. Mit Wertschwankungen wird in jedem Fall zu rechnen sein. Von dem Grad des Vertrauens, das die inländische Wirtschaft dem neuen Zahlungsmittel entgegenbringt, wird es ganz wesentlich abhängen, ob die Kursschwankungen größer oder geringer sein werden. Eine untere Grenze ist ihnen dadurch gesetzt, daß sie im Gegensatz zu der bisherigen Papiermark gedeckt sind und daß es zinstragende Papiere sind oder in solche eingetauscht werden können.

Noch mehr aber als von dem Vertrauen der Allgemeinheit wird der Wert der neuen Zahlungsmittel davon abhängen, daß man jeden Mißbrauch mit ihnen zu verhindern sucht. Der Optimismus, mit dem die Reichsbank das Schicksal der Renten-

mark beurteilt, wird z. B. von dem Fiskus nicht geteilt. Die Rentenmark soll nämlich von ihm als Zahlungsmittel nur angenommen werden nach ihrem jeweiligen Goldkurs.

Nun ist die Katastrophe der Papiermark dadurch beschleunigt worden, daß die Art der Kreditgewährung der Reichsbank lange Zeit die Spekulation auf den Niedergang der Mark begünstigt hat. Wer Papiermark geliehen erhielt mit der Aussicht, sie einmal in entwertetem Gelde zurückzahlen zu können, kaufte sich natürlich schleunigst Devisen, Effekten und Ware und fand seinen Gläubiger mit einem Markbetrage ab, der nur einen Bruchteil der seinerzeit entliehenen Kaufkraft betrug. Dadurch hat die Industrie Gewinne geradezu geschneit. Dadurch sind auf Kosten der Reichsbank, des Reiches und der Allgemeinheit riesige Trusts entstanden, die buchstäblich mit dem Hunger der Sozialrentner und der Arbeiter bezahlt wurden. Nun sollen der Privatwirtschaft 1200 Millionen Rentenmark an Krediten zur Verfügung gestellt werden. Die Reichsbank hat aber die Absicht, diese Rentenmarkkredite vorläufig nicht mit einer wertbeständigen Sicherheit, sondern ebenso wie seinerzeit die Papiermarkkredite nur nach dem Nominalbetrag rückzahlbar zu vergeben. Man kann annehmen, daß bei dem gegenwärtigen Kapitalmangel die 1200 Millionen Goldmark, die ausgegeben werden sollen, sofort von der Wirtschaft aufgenommen werden, und zwar hauptsächlich mit einer Laufzeit von etwa drei Monaten. Gerade innerhalb dieser Monate aber besteht die größte Gefahr eines Kursrückganges (schon infolge der politischen Wirrnisse, in die Deutschland jetzt hineingerissen ist, aber auch deshalb, weil die Rentenmark vorläufig nicht gleiches Zahlungsmittel ist. Behält sich nun die Reichsbank vor, erst dann die Kredite wertbeständig zu machen, wenn der Kurs der Rentenmark wirklich sinkt, so ist es zu spät, um die in der Zwischenzeit erzielten Gewinne irgendwie zu erfassen.

Bezahlt werden derartige Gewinne doch nur von der Allgemeinheit. Entstehen können sie nur, wenn man Kredite auf der Basis eines Zahlungsmittels ausgibt, von dessen Wertbeständigkeit niemand ganz überzeugt ist, ohne eine Wertbeständigkeit für den Fall eines Wertrückganges einzuschalten. Darum muß die Arbeiterschaft fordern, daß diese neue Gewinnmöglichkeit des Privatkapitals von vornherein unterbunden wird. Geschlecht das, so erhalten die Kreditnehmer, die Schulden bei dem Zentralnoteninstitut eingehen, in jedem Falle ein Interesse daran, den Kurs nicht sinken zu lassen, und sie werden sich auch leichter veranlassen lassen, Goldschuldschreibungen einzugehen als das heute der Fall ist und auch nach Einführung der Rentenmark der Fall sein wird, solange man mit Kursschwankungen des neuen Zahlungsmittels rechnet.

Amerika verhandlungsbereit?

London, 25. Oktober. (E.P.) Wie die „Daily Mail“ zu wissen glaubt, ist die englische Regierung in den Besitz eines Angebotes der amerikanischen Regierung gelangt, worin diese sich bereit erklärt, an der Regelung der Reparationsfrage mitzuarbeiten, falls diese Mitarbeit gewünscht werde. In gewissen Kreisen erklärt man, daß die englische Regierung bereits die allerersten Verhandlungen mit dem amerikanischen Anbieten in Kenntnis gesetzt und beantwortet habe. Eine Antwort sei aber bis jetzt weder aus Paris noch aus Rom in London eingetroffen. Man erklärt, daß General Smuts in seiner letzten Rede auf diesen Notenwechsel angespielt habe, indem er zum Ausdruck brachte, es seien gegenwärtig Unterhandlungen für die Einberufung einer internationalen Konferenz für die Regelung der Reparationsfrage im Gange. Dieser Postus ist damals als rätselhaft erschienen.

Generalstreik in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 25. Oktober. (Wtb.) In einer heute abend im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Betriebsräteversammlung ist mit großer Mehrheit beschlossen worden, wegen der gestrigen Vorfälle an der Konstablerwache am Freitag vormittag 10 Uhr in den Generalstreik zu treten.

Wo die Liebe hinfällt.

Von Hans Bauer.

Da war der Herr Germanus. Der hatte ein gescheltes, freyzbraunes Weib, das sich redlich für ihn abraderte und ihm mit lauterem Sinn und Treue hielt. Sie hieß Sazonia.

Wie das bei Ehemännern aber zuweilen geschieht, achtete Herr Germanus bei seiner Ehefrau Treue und Aufopferung gering, schätzte sie, wo er nur konnte und hatte sein Herz an ein Fräulein Bavaria gehangen, eine fleischig-mallice Dame mit durchschnittlicher Intelligenz und einem Kropfe.

Diese Dame Bavaria hielt es für rasam, ihre Beziehung zu Herrn Germanus aufrechtzuerhalten. Sie machte sich aber im übrigen einen Schmarrn aus ihm. Sie hinterging ihn mit Fleiß und fand ihn mit samt seinen Gefühlen, die er für sie hegte, als reichlich komische Figur.

Herr Germanus wurden böse Dinge von Fräulein Bavaria hinterbracht. Herr Germanus fuhr auf: Kein Wort daran sei wahr! Fräulein Bavaria sei eine liebe, holde Fee, die von niederträchtigen Menschen verleumdet werde.

Man lächelte: Herr Germanus solle sich doch nicht lächerlich machen. Es seien doch schließlich seine besten Freunde, die ihn vor der Bavaria warnen wollten.

Herr Germanus setzte das weisfremde Büchlein des hoffnungslos Verliebten auf: Niedertracht und Lüge umgeben ihn, so weit er sehe. Finstere Mächte seien am Werke, ihn von seinem Ideal zu entfremden und er wisse schon: sein dreimal verführtes Weib stehe hinter alledem.

Aber davon könne doch gar keine Rede sein. Wie er nur solche Gespenster sehen könnte. Es liege klar am Tage, daß sein Weib ein tüchtiger Kerl sei. Andere rechte Ehemänner würden ihrem Schöpfer danken, wenn sie sich eine Frau hätten.

Germanus lachte drohend auf: Ein Lotterweib sei sie. Nächstens lasse er sie von der Polizei aus der Wohnung schmeißen. Vor kurzem erst habe er sie zu abendlicher Stunde unvermerkt auf der Straße getroffen...

Mit einem fremden Manne?

Wen natürlich; aber das sei ja gerade die Raffiniertheit. Sich ermischen zu lassen, dazu sei sie viel zu ausgekostet.

Welche Eigenschaft dem Fräulein Bavaria offenbar abgehe, wandten die Herrn Germanus Freunde ein. In einem Weinstock sei sie bekanntlich mit einem Leutnant in sehr eindeutiger Haltung überrascht worden.

„Gemeinheit! Schufterei!“ sprudelte Germanus heraus. Bavaria sei die Harmlosigkeit selbst. Der Vorfall sei ein Mißverständnis gewesen.

Dann sei vielleicht auch der Brief nur ein Mißverständnis, der ihnen, seinen Freunden, zufällig zugeflogen sei und der, von Fräulein Bavaria stammend, ihm wohl die endgültige Klarheit über ihre Gefühle verschaffe. Verhöhnt werde er darin, angeulkt, gedemütigt.

Herr Germanus strampelte mit Händen und Füßen. Der Gipfel der Abscheulichkeit sei erreicht. Mit dummen Fälschungen versuche man jetzt seinen Seelenfrieden zu stören; er wolle den Biß gar nicht leiden. O, so sei keine Lumperei groß genug, daß sie an ihm nicht begangen würde.

Germanus schluchzte wie ein hilfloses Kind. Und dann ward er brutal wie ein Vieh. Zorn funkelte in seinen Augen: Sazonia, diese Sazonia! O diese Hinterlistige! Sie sei auch die Urheberin dieser neuesten Schandtat. In seinen Fingern zermalmen möchte er sie.

Wo die Liebe hinfällt....

Es ist ein wunderlich Ding um sie. Und aus dem gereiftesten Knaben noch vermag sie einen Hanswurst zu machen.

Auf dem Wege zum Billionär.

In der „Frankf. Ztg.“ lesen wir folgende zeitgemäße Betrachtungen:

Heute habe ich mich dabei ertappt, wie ich einen Milliarden-schein zum „Kleingeld“ in die Westentasche stecke. Wenn es möglich wäre, sich selber verduht anzuschauen, ich glaube, ich hätte es getan.

Von Hunderttausend zur Million ging es nicht halb so rasch, wie von der Kleingeld-Million zur Kleingeld-Milliarde. Das Tempo wächst, wie das der Lamine, mit der Dimension. Dies ist ein physisches Gesetz. Es ist zum Schwindigwerden. Beim Milliardär machen wir noch Witze, beim Milliarde ist uns der Spatz vergangen. Wir sind auf dem Wege zur Billion. Man wird die Billionenscheine rot überdrucken und uns einreden, das sei eine Billion. Und wir werden auch die Billion gedankenlos in die Westentasche schieben, wie man das eben mit Kleingeld tut. Und werden mit Billionen noch ärmer sein, als wir es mit den Milliarden waren. Die Hausfrauen werden seufzen: Heul! ist die Margarine auf zwei Billionen gestiegen. Keiner wird sich bei den Silben „Bil-li-onen“, die er plappert, etwas Rechtes vorstellen können, weil unser Zahlenbegriff solche Größen einfach nicht fassen kann.

Wir graut schon jetzt davor, Billionär zu werden; und ich sehe es doch kommen unabwendbar. Wir sind als Milliardäre arm geworden, haben als Milliardäre gedurft, soll uns nun das äußerste Schicksal des Billionärs nicht erpart bleiben?! Womit haben wir es verdient, so viel zu verdienen? Die Billion wird gewisse Gehaltsempfänger völlig enteignen. Wenn weniger jemals mehr war, so hier, wo das Geld seine letzten Eigenschaften, die es zum Gelde machen, zu verlieren beginnt. Dieses Geldwesen ohne Sinn und Logik gleicht der Ausgeburt eines Irrenhäuslers.

Wir wollen uns, vorausschauend, fragen, was nach der Billion kommt. Um auf alles gefaßt zu sein. (Bringt die Rentenmark die hemmungslose Maschine zum Stillstand, um so besser.) Man muß schon das Vergilium zu Hilfe nehmen, wenn man sich über das vielleicht noch kommende deutsche Zahlungsmittel etwas näher unterrichten will — Trillion. Dieser Zahl trillert der Wahnsinn. Sie ist nicht für den Menschen geschaffen. Es ist mit

ih nichts anzufangen. Wenn wir die Trillion in die Westentasche stecken, bricht bestimmt ein höllisches Geschick los — „Wieviel Gehalt haben Sie in dieser Woche ausgezahlt bekommen?“ Acht Trillionen; allerdings auf Grund des am Montag errechneten Lebenshaltungsindezes, der aber heute, Dienstag, längst überholt ist. Diese Differenz gehört mit zum Unternehmerrisiko. Schon wenn das Geld die Druckmaschine verläßt, ist es entwertet, geschweige denn, wenn der Gehaltsempfänger es in die Hand bekommt. Von diesem mehr oder weniger frommer Betrug lebt ja unsere ganze Wirtschaft, angefangen vom Geldmacher Staat bis zum Geldgeber Unternehmer. Uns Arbeitenden bleibt wenigstens das stolze Bewußtsein, daß wir einfach gar nicht mehr zu bezahlen sind!

Freiluft-Gefängnisse.

Mit einem Gefängnis verbinden wir ganz selbstverständlich die Vorstellung einer Enkerkerung in festverschlossenen und unmauerten Häusern, und so dünkt uns das „Freiluft-Gefängnis“ als ein Widerspruch in sich. Trotzdem gibt es aber solche Gefängnisse, und man hat in Holland mit ihnen jetzt die besten Erfahrungen gemacht, wie ein Bericht von Dr. Rabemater beweist, den er auf dem holländischen Frauenkongress im Haag erstattete. Schon während des Krieges hat man in Holland ein Freiluft-Gefängnis eingerichtet, das sich aber nicht bewährte. Darauf unternahm der Justizminister einen zweiten Versuch, und im Januar dieses Jahres wurden 60 Verbrecher nach dem holländischen Ort Voornhuzen gebracht, um dort in freier Luft ihre Strafen abzuhängen. Die Ergebnisse waren diesmal sehr ermutigend. Die Gefangenen erhielten die Aufgabe, 12 Hektar Heide- und Moorland in Kulturland umzuwandeln, und sie haben sich bei dieser Arbeit sehr fleißig gezeigt. Sie werden nicht durch Wärter oder irgendwelche Gefängnisbeamte beaufsichtigt. Sie sind in Trupps geteilt, von denen jeder aus wenigen Leuten besteht. In der Spitze jedes Trupps steht ein freiwilliger Arbeiter, der keine Strafe verbüßt, aber mit ihnen zusammen arbeitet. Wer unter diesen Bedingungen fliehen will, hat es nicht schwer, aber keiner der Gefangenen hat bisher daran gedacht. Im allgemeinen sind die Verhältnisse in dem Freiluft-Gefängnis von Voornhuzen viel günstiger als in den gewöhnlichen Gefängnissen, und die holländische Regierung beabsichtigt daher, mehrere Gefängnisse derselben Art zu errichten ein Gemeinschaftsleben der Gefangenen im Freien ohne sichtbare Bewachung zu erlauben.

Staatsoper. In der morgigen „Salome“-Aufführung singt Sara Kamy zum ersten Male in dieser Spielzeit die Titelpartie.

In der Buchhandlung von Neuh. u. Voland, Ausrüstungsbau 220, findet vom 26.-28. Oktober eine Ausstellung statt, in der an Hand von Modellstudien, Figuren, architektonischen Entwürfen und photographischen Aufnahmen das künstlerische Werden eines Films gezeigt wird.

Am Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Straße 120 (an der Potsdamer Brücke) beginnen Dr. Erich Drahg und Pauline Linke am 2. beginn. 8. November mit ihren Vorlesungen im Lesen und Vorträgen deutscher Volk- und Profablättern. Bereits in der am 29. Oktober einsetzenden Woche beginnt unter anderem Prof. Dr. Lampe, Heimatkunde von Berlin in der Gegenwart. — Jede Reise umfaßt fünf zweitägige Abende. Die Teilnahmegebühr ist mäßig. Anmeldungen nimmt die Geschäftsstelle entgegen.

An die Arbeiter Groß-Berlins!

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Die trostlose innen- und außenpolitische Lage hat eine katastrophale Wirkung auf die gesamte deutsche Wirtschaft ausgeübt. Millionen fleißiger Hände müssen ruhen, andere Millionen können nur noch verkrüppelt arbeiten.

Wenigen ist noch das Glück beschieden, ihren Willen zur Arbeit und ihr Recht auf Arbeit erfüllt zu sehen.

Auch diesen Wenigen droht aber täglich die Gefahr, arbeitslos zu werden. Reicht schon der Lohn der Vollarbeiter nicht aus, auch nur das nackte Leben zu fristen, so steigern sich die Not und das Elend mit dem Grad der Kurzarbeit und haben ihren Höhepunkt bei den Arbeitslosen erreicht, den Opfern der privatkapitalistischen Produktionsweise. Mit ihnen leiden die Alten, Schwachen und Invaliden, die vererbt sind, mit ihren kargen Mitteln, die sie als Renten erhalten, leben zu müssen.

Die Not ist grenzenlos!

Das Hungergespenst geht um!

Der freigewerkschaftliche Aktionsauschuss für Groß-Berlin hat sich in seiner ersten Sitzung mit diesen völlig unhaltbaren Zuständen in der Wirtschaft beschäftigt und ist einmütig zu der Auffassung gelangt, daß sofort und ohne Zögern von der Regierung und den Behörden durchgreifende Maßnahmen getroffen werden müssen, wenn die Katastrophe verhütet werden soll.

Der Aktionsauschuss stellt deshalb an die Regierung folgende Forderungen:

1. Sofortige Ausgabe der von der Regierung in ihrer Bekanntmachung vom 23. Oktober 1923 angefügten wertbeständigen Zahlungsmittel.
2. Verpflichtung der Arbeitgeber, die mit den Gewerkschaften vereinbarten Löhne und Gehälter in wellestgehendem Maße in dem neuen wertbeständigen Gelde zur Auszahlung zu bringen.
3. Verhütung einer weiteren Inflation durch Einführung der allgemeinen Goldwährung.

Die bloße Absicht, einen neuen Inflationsprozess einzuleiten, müßte von den Gewerkschaften schärfstens bekämpft werden.

2. Sofortige Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung, insbesondere

Bereitstellung von Brot, Kartoffeln und Fetten zu erschwinglichen Preisen durch die Verwaltungen der Stadt, des Landes und des Reiches.

Kontrolle der Preisbildung.

Organisation der Lebensmittelverteilung, eventuell unter Benutzung des teilweise noch vorhandenen entsprechend auszubauenden Apparates.

3. Durchgreifende

Erwerbslosenfürsorge, insbesondere Arbeitsbeschaffung.

Wiederinangliederung willkürlich stillgelegter Betriebe.

Der freigewerkschaftliche Aktionsauschuss für Groß-Berlin hat sich sofort mit dem bei den freigewerkschaftlichen Spitzenverbänden bestehenden Zentral-Aktionsauschuss in Verbindung gesetzt, um von diesem die nachdrücklichste Unterstützung der hier erhobenen Forderungen zu erlangen.

Insbesondere hat der freigewerkschaftliche Aktionsauschuss das Augenmerk der Spitzen auf die der Arbeitnehmerschaft drohenden Gefahren gelenkt, die entstehen können,

wenn in bezug auf den Achttundentag die Beschlüsse des Reichsrates Gesetz würden,

wenn der Belagerungszustand nicht aufgehoben wird,

wenn die Bedrohung der Arbeitnehmerschaft in Sachsen, Thüringen, Bayern und im Rheinland nicht schnellstens beseitigt wird.

Der freigewerkschaftliche Aktionsauschuss für Groß-Berlin wird dauernd mit dem Zentral-Aktionsauschuss in Verbindung bleiben, um von ihm zu erfahren, welche Schritte unternommen worden sind. Er wird ferner seinen ganzen Einfluß geltend machen, um gegebenenfalls alle geeigneten Mittel zur Durchführung dieser Forderungen zur Anwendung zu bringen.

Die Grundlagen, auf denen sich die Tätigkeit des Aktionsauschusses vollziehen wird, sind die freien Gewerkschaften und ihre Organe. Der Aktionsauschuss erwartet von allen freigewerkschaftlichen Funktionären, daß sie ihn zwecks einheitlicher Durchführung seiner Beschlüsse tatkräftig unterstützen werden.

Der freigewerkschaftliche Aktionsauschuss für Groß-Berlin.

Streikverbot für lebenswichtige Betriebe.

Der Befehlshaber im Wehrkreis 3, General v. Horn, erläßt folgende Verordnung:

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 25. September 1923 verordne ich im Einvernehmen mit dem Regierungskommissar des Bereichs:

1. Die Aufforderung zur Arbeitseinstellung in lebenswichtigen Betrieben ist verboten.
2. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 bestraft.
3. Als lebenswichtige Betriebe im Sinne dieser Verordnung sind anzusehen: alle Anlagen zur Erzeugung und Lieferung von Gas, Wasser, Elektrizität, die Kanalisation, alle Anlagen zur Erzeugung, Bearbeitung und Verteilung von Lebensmitteln, Notendruckereien aller Art, die öffentlichen Verkehrsmittel einschließlich von Post- und Telegraphenanlagen, die Krankenanstalten.

Berlin, 25. Oktober 1923.

Der Befehlshaber im Wehrkreis 3. gez.: v. Horn.

Die Reichswehraktion in Sachsen.

Klagen und Anklagen.

Dresden, 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Im Verlauf der Debatte über die am Dienstag abgegebene Regierungserklärung gab Ministerpräsident Dr. Zeigner im Landtag zwei Mitteilungen bekannt, die dem Volksbildungsministerium abschriftlich vom Wehrkreiskommando zugegangen sind. In dem ersten Schreiben wird der Bezirksschulsekretär in Rochlitz angewiesen, den Lehrer Schulz vom Lehramt zu entheben und ein Disziplinarverfahren gegen ihn einzuleiten, weil er im dringenden Verdacht stehe, in einer mit seinen Berufspflichten unvereinbaren Weise sich als Führer verbotener Hundertschaften betätigt zu haben. In dem zweiten Schreiben wird der Bezirksschulrat in Schwarzenberg beauftragt, den Volksschullehrer und kommunistischen Landtagsabgeordneten Schaeffer vom Amte zu entheben und gegen ihn ein Disziplinarverfahren einzuleiten, weil er eine Versammlung von Hundertschaften unter freiem Himmel geleitet und dabei aufreizende Reden gehalten habe. Ministerpräsident Dr. Zeigner wies darauf hin, daß die Amtsenthebung von Beamten nicht in die Kompetenz des Wehrkreiskommandeurs falle und rechtlich unzulässig sei. Ein amtlicher Bericht, der dem Staatsministerium am Donnerstagvormittag zugegangen sei und den der Ministerpräsident zur Verlesung bringt, lautet: „In Borna ist seit drei Tagen die Reichswehr eingezogen. Die Leute werden planmäßig durchsucht und sind zum Teil aus ganz nichtigen Gründen festgehalten worden. Einem Herrn wurde das Abzeichen der W.S.D. zu tragen verboten. Im übrigen wurden in Borna und Umgebung durch Patrouillen regelmäßige Durchsuchungen von einzelnen Personen auf der Straße vorgenommen. In Regis wurde die Schule von der Reichswehr als Quartier gefordert. Die Lehrerschaft protestierte, worauf ein Offizier erklärte, wenn nicht aufgemacht werde, würde die Lüre gesprengt. Die Schule ist besetzt, der Unterricht seit Dienstag ausgefallen. In der Gemeinde Röhitzigen bei Froburg tagte am Mittwoch abend eine Gemeinderatsitzung, die sich mit Ernährungsfragen befahte. In der Sitzung erschienen ein Leutnant und 20 Mann und riefen den versammelten Gemeinderatsmitgliedern zu: „Hände hoch!“ Der Leutnant löste die Versammlung als eine angeblich öffentliche auf, trotz des Protestes des Gemeindevorstandes, der das Protokollbuch vorlegte. Der Gemeindevorstand wurde verhaftet, ebenso zwei Mitglieder des Gemeinderats, die übrigen Anwesenden wurden durchsucht, die Gemeinderatsitzung wurde geschlossen.“ Ministerpräsident Zeigner erklärte zum Schluß, daß am Donnerstag eine Reihe von Regierungskommissaren verhaftet wurden wegen Handlungen, die sie auf Anweisung der Regierung vorgenommen haben. „Wir warten“, so fuhr der Ministerpräsident fort, „des Zeitpunktes, wo sich die Verhaftungen in den Ministerien fortsetzen werden und wir warten vielleicht auch des Zeitpunktes, wo sich die Verhaftungen bis in dieses Haus fortsetzen werden. Man kann über diese Dinge denken wie man will: Es ist rechtlich nicht statthaft, von Seiten des Wehrkreiskommandos Beamte ihres Amtes zu entheben.“

Um 1/7 Uhr abends vertagte sich der Landtag auf Dienstag nachmittags 3 Uhr.

Auf eine Anfrage bei dem Zivilkommissar im Wehrkreiskommando IV, dem Reichstagsabg. Meier, ob er seine Zustimmung

zu den Anordnungen des Militärbefehlshabers gegeben habe, erklärte er u. a., daß ihm seit dem 22. Oktober Haftbefehle nicht mehr vorgelegt worden sind. Da nach der Verordnung des Reichspräsidenten über die Durchführung des Ausnahmezustandes das Wehrkreiskommando verpflichtet ist, allgemeine Vorschriften des militärischen Befehlshabers, die Beschränkungen einzelner Grundrechte der Reichsverfassung enthalten, dem Zivilkommissar zur Genehmigung vorzulegen, hat Zivilkommissar Meier vom Wehrkreiskommando Aufklärung verlangt. Der juristische Berater des Befehlshabers betraute, so wurde ihm erklärt, Hausdurchsuchungen und Schußhaftbefehle als allgemeine Anordnungen, auf die dem Zivilkommissar keinerlei Einfluß eingeräumt sei. Zivilkommissar Meier ist daraufhin am Donnerstag nach Berlin gefahren, um bei den zuständigen Reichsministerien eine Klarstellung über die Befugnisse des Zivilkommissars herbeizuführen. Von diesen Besprechungen wird es abhängen, ob Zivilkommissar Meier noch weiterhin das Amt eines Zivilkommissars ausüben kann.

Reichswehr im Dresdener Polizeipräsidium.

Dresden, 25. Oktober. (W.S.) Das Wehrkreiskommando teilt mit: In Dresden ist von heute mittag ab in das Polizeipräsidium eine Kompanie verlegt worden, um für die Polizei im Innern der Stadt jederzeit als Rückhalt zu dienen und den Schutz der Schutzhaftgefangenen, die von jetzt ab in der Hauptsache im Polizeipräsidium untergebracht werden sollen, unbedingt sicher zu stellen. Auf eine Anzeige hin, daß in Dresden-Mittstadt im Arbeitsnachweis in der Marienstraße Waffen für die protestantischen Hundertschaften niedergelegt worden seien, wurden nach Überprüfung durch Reichswehr von Beamten der Landespolizei heute nachmittags Nachforschungen angestellt, die ergebnislos blieben.

Die Länder und Bayern.

Zur Entschliessung der Ministerpräsidenten-Konferenz.

Zu dem Regierungs-Kommunique, das über die Konferenz der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder veröffentlicht wurde, bemerkt der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“:

Die Ländervertreter stellten sich in rechtlicher Beziehung auf den Rechtsstandpunkt der Regierung, aber sie haben in der fraglichen Sitzung auch ihr Bedauern darüber ausgedrückt, daß die Reichsregierung aus ihrer Rechtsauffassung noch nicht die notwendigen Schlussfolgerungen gezogen hat und in einer Entschliessung, die einmütig verabschiedet wurde — ausgenommen den bayerischen Gesandten —, festgelegt, welcher Art die bayerischen Zugeständnisse sein müssen, wenn die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände als durchgeführt betrachtet sein soll.

München, 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Gegenüber dem Ergebnis der Konferenz der Ministerpräsidenten vom Mittwoch wird hier an amtlichen Stellen starke Zurückhaltung geübt und man hält dabei den besonderen Hinweis für notwendig, daß der bayerische Gesandte v. Preger an der angenommenen Erklärung in keiner Weise beteiligt sei. Außerdem erwartet man die Vorschläge der Reichsregierung. Wie nicht anders zu erwarten war, kommt nach den jetzigen Erfolgen Bayern der Appetit beim Essen. Jetzt fordert z. B. der Geheimrat Held, der maßgebende Mann der bayerischen Regierungspolitik, in einer öffentlichen Rede nicht nur die Rückgabe der Finanz- und Verkehrshoheit an Bayern, sondern auch die Wiederherstellung der Militärhoheit, wie sie vor 1914 bestanden habe. Herr v. Rohr ist selbstverständlich mit dem jetzt angebotenen Kompromiß nicht zufrieden. Er sagt offen, daß mit der derzeitigen Reichsregierung überhaupt eine Lösung nicht erreicht werden kann. Beseitigung der Marzisten, dann ergebe sich die Lösung von selbst.

Die „Expres Korrespondenz“ verbreitet eine Meldung über eine Besprechung zwischen den Führern der Regierungsparteien, die gestern abgehalten wurde. Danach sollte die Aussprache völlige Übereinstimmung aller Koalitionsparteien mit der Haltung der Reichsregierung in dem Konflikt mit Bayern ergeben haben. Es sei ferner einstimmig der Standpunkt vertreten worden, daß die Wahrung der Staatsautorität verlange, daß seitens der Einzelländer auch die Autorität der Reichsregierung und die Reichsverfassung respektiert werde. Mit Genehmigung sei schließlich festgestellt worden, daß die gestrige Aussprache zwischen dem Reichs-

kanzler und den Ministerpräsidenten der Länder die Möglichkeit zu einer Verständigung zwischen dem Reich und Bayern gegeben habe.

Die gestrige Besprechung war, wie alle interfraktionellen Beratungen, vertraulicher Natur, so daß dieser Korrespondenzbericht nur auf Indiskretionen, vor allem aber auf Kombinationen beruht. Unseres Wissens ist man gar nicht dazu gekommen, eine „völlige Übereinstimmung“ mit der Haltung der Reichsregierung Bayern gegenüber zu bekunden, die wohl nicht einmal innerhalb des Kabinetts selbst besteht. Das gleiche gilt für die angebliche „Genehmigung“ über die Möglichkeit einer Verständigung. Nichtig dürfte hingegen sein, daß die Koalitionsparteien einmütig der Auffassung sind, daß die Reichsautorität und die Reichsverfassung von den Ländern respektiert werden müßten. Aber das ist nur eine Selbstverständlichkeit, und um dies festzustellen, bedurfte es keiner interfraktionellen Besprechung.

Der Wunsch nach Verständigung entsteht freilich bei allen Parteien, es fragt sich nur, auf welcher Grundlage. Und dazu erscheint es uns allerdings dringend notwendig, daß endlich größere Klarheit über die verschiedenen Begriffe geschaffen werde, mit denen seit einigen Tagen operiert wird.

Standpunkt der Reichsregierung: Sinds damit die letzten Aufrufe des Reichsministeriums und des Generals v. Seeckt gemeint, oder was sonst? Wenn ja, wie ist eine „Verhandlung“ überhaupt noch möglich und mit wem?

Haltung der Reichsregierung: Was hat die Reichsregierung bisher überhaupt getan, um ihrem „Standpunkt“ Geltung zu verschaffen? Welche Maßnahmen hat sie getroffen — die „private“ Reise Dr. Brauns wollen wir nicht als Maßnahme betrachten —, und welche Maßnahmen gedenkt sie zu treffen? Man kann von einer Haltung der Reichsregierung Sachsen gegenüber sprechen (und darüber sehr verschiedener Meinung sein), Bayern gegenüber zeigt aber die Reichsregierung alles andere als „Haltung“.

Verständigungsmöglichkeiten: Worüber und mit wem? Daß man mit Preger verhandle, wäre noch erträglich, daß man mit Aniling spreche, würde zur Not noch angehen, wenn man damit zum Ausdruck bringen wollte, daß er bisher nichts zu sagen gehabt habe und daß man ihm und seinen Ministerkollegen zur tatsächlichen Macht gegen den verfassungsbrüchigen Generalkommissar verhelfen wolle. Unerträglich wäre aber der Gedanke, daß man mit Rohr über eine „Verständigung“ verhandle. Die Voraussetzung einer jeden Verhandlung muß die Absetzung und Bestrafung des Reutergergers Lössow sein, wobei anzunehmen wäre, daß sein Komplex Rohr für seine Person von selbst die Konsequenzen ziehen würde. Damit wären die „Personenfragen“ zunächst gelöst und es würde einer Verständigung nichts mehr im Wege stehen.

Aber es ist einfach ein Skandal, von „Verständigungsmöglichkeiten“ zu reden, solange Lössow bayerischer Landeskommandant von Rahrns Gnaden bleibt. Das ist er heute schon den sechsten Tag. Was tut der Reichskanzler? Was tut der Reichsminister? Was tut der Chef der Heeresleitung?

Wir sind um so mehr berechtigt, die Frage aufzuwerfen, als die Absetzung Lössows nicht von der Sozialdemokratie, sondern von Geßler und Seeckt ausging, die mit ihrem Rücktritt drohen, falls ihr durchaus berechtigtes Verlangen nicht erfüllt werden würde. Nachdem nun die Sache von dieser Seite angegangen wurde, muß sie auch zu Ende geführt werden. Sonst wird nicht nur die Reichsregierung, sondern auch die Reichswehr zum Rinderrspott.

Sozialdemokratische Landeskonferenz in Bayern.

München, 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die bayerische Sozialdemokratie hält am Sonntag, den 28. Oktober, in Nürnberg eine Landeskonferenz ab, um zu der gegenwärtigen außerordentlich ersten Lage entscheidende Beschlüsse zu fassen. Auf der Tagesordnung stehen zwei Referate: 1. Deutschlands wirtschaftliche Not und politische Bedrängnis (Hermann Müller); 2. Bayern und Reich (Landtagsabgeordneter Frig Endres). Die Tagung beginnt vormittags 9 Uhr im Luisenhain.

Löhne auf Goldbasis.

ADGB. und die Lohnfrage.

Der Lohnpolitische Ausschuss des ADGB. beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der völlig unhaltbar gewordenen Lohnfrage. Die Anpassung der Löhne an die Teuerung durch Anpassung des Lebenshaltungsindex ist nur vereinzelt durchgeführt. Aber auch wo eine solche Auswertung des Lohnes vertragsgemäß erfolgt, kann die Lohnfestsetzung der sprunghaften Geldentwertung und Teuerung nicht folgen. Die Folge ist die fortschreitende Verelendung der Arbeiter. Der Ausschuss erkannte die einzig mögliche Lösung in der schnellsten Löhnerhöhung durch ein goldwertiges Zahlungsmittel, wie es nach Bekanntgabe durch die Regierung geschaffen wird. Bis genügend solcher Zahlungsmittel in Umlauf kommen können, muß durch entsprechend hohe Lohnfestsetzung und mindestens teilweise Entlohnung in goldwertigem Geld der Entwertung der Löhne vorgebeugt werden.

Wo letzteres zurzeit nicht möglich ist, muß eine häufigere, eventuell tägliche, der Entwertung angepasste Lohnzahlung erfolgen. Nachdem alle Verbrauchsgüter auf Gold berechnet, muß auch die Festsetzung der Löhne auf Goldbasis durchgeführt werden. Ueber die technische Durchführung der letzteren Forderung sind die Beratungen noch nicht abgeschlossen. In den nächsten Tagen finden Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Unternehmer über diese Frage statt.

Die Verhältniszahl für den Steuerabzug.

Amlich wird mitgeteilt: Die Verhältniszahl, mit der die in der zweiten Septemberrhälfte in Geltung gewesenen Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu vervielfachen sind, beträgt für die Zeit vom 28. Oktober bis zum 8. November 1923 „6000“. Bei der Berechnung des Steuerabzugs von dem in der Zeit vom 28. Oktober bis zum 8. November 1923 fällig gewordenen und gezahlten Arbeitslohn sind die Ermäßigungen der zweiten Septemberrhälfte mit 6000 zu vervielfachen. Unter Zugrundelegung der Verhältniszahl 6000 ergeben sich z. B. folgende

Wochenermäßigungen			
für die Zeit vom	für Steuerpflichtige und Ehefrau je	für jed. minderjährige Kind	f. Werbungskosten
	17.	12.	12.
16. bis 20. 9. 23 (Grundzahl)	172 8000	1 152 000	1 440 000
21. bis 27. 10. 23 (Dreihundertprozent)	56 288 000	241 920 000	302 400 000
28. 10. bis 8. 11. 23 (Sechshundertprozent)	1 086 800 000	6 912 000 000	8 640 000 000

Der im Wege des Steuerabzugs einzubehaltene Betrag ist in allen Fällen auf volle Millionen Mark nach unten abzurunden.

Dollar in New York 86,95 Milliarden (Schlußkurs) 71,43 (nachdem)

Gewerkschaftsbewegung

Die Protestaktion der graphischen Arbeiter.

Nach stundenlangem Debatte wurde gegen 2 1/2 Uhr nachmittags von den Funktionären der Zeitungs- und Buchdruckereien mit Mehrheit der Streik entsprechend den Beschlüssen der Funktionärenkonferenz vom Mittwoch beschlossen. Aus der Verhandlung ist noch folgendes nachzutragen:

Ob dieser Beschluß allgemein oder überhaupt zur Ausführung kommen wird, ist gegenwärtig noch sehr zweifelhaft, da die Gewerkschaftsinstanzen den Streik entschieden bekämpfen und voraussichtlich auch die Belegschaften der Betriebe nicht ohne weiteres den Beschluß der radikalen Funktionärsmehrheit mitmachen werden.

Die Funktionäre der Reichsdruckerei haben in ihrem Beschluß eine ähnliche Haltung eingenommen. Von dem radikalen Flügel der Funktionäre, der in der Versammlung die Mehrheit hatte, wurde dagegen die sofortige selbständige Aktion verlangt und schließlich der Streikbeschluß für Freitag durchgesetzt. Die Gewerkschaftsleitungen der Buchdrucker und Hilfsarbeiter erklärten sich darauf entschieden gegen den Beschluß. Sie erklärten: Nachdem die Schließung der Friedrichstadt-Druckerei durch Verhandlungen aufgehoben wurde, ist die gewerkschaftliche Forderung erfüllt. Den Kampf auf das politische Gebiet auszudehnen, haben die Organisationsvorstände abgelehnt und glauben, das den politischen Parteien und den Spitzenverbänden überlassen zu müssen. Aus diesem Grunde lehnten sie wie auch die Funktionäre der BGD, den Eintritt in die Streikleitung ab. Nunmehr wurde eine rein kommunistische Streikleitung gewählt, die sich sofort konstituierte. Nachdem die Versammlung auf kurze Zeit vertagt wurde, erklärte der Vertreter der Streikleitung, daß die Kommission einstimmig beschlossen habe, sich sofort mit der Berliner Gewerkschaftskommission, dem ADGB, und dem neu gebildeten Aktionsausschuß in Verbindung zu setzen zwecks Herbeiführung einer gemeinsamen Aktion. Die Belegschaften haben solange ihre Arbeit fortzusetzen, bis die Streikleitung durch Veröffentlichung im „Vorwärts“ nähere Anweisung erteilt.

An die graphische Arbeiterschaft!

Der Versuch der Streikleitung, die Instanzen der graphischen Organisationen zur Sanktion des mit Majorität von der Funktionärenversammlung der Zeitungs- und Buchdruckereien beschlossenen Streiks zu bewegen, ist gescheitert. Die Spitzenorganisationen sind der Auffassung, daß diese Aktion zur Stunde erfolglos sein wird. Der Aktionsausschuß der Gewerkschaften erklärt, im Augenblick bei der Arbeit zu sein, um für die Arbeiterschaft bei der Regierung eine Besserung der allgemeinen Lage herbeizuführen. Nachdem weiter einzelne Personen der Minorität direkt zur Sobotage des Funktionärenbeschlusses aufforderten und der Fraktionsleiter der BGD, erklärte, daß sich seine Fraktion dem Streikbeschluß nicht fügt und sich auch nicht an der Streikleitung beteiligt, sieht sich die Streikleitung außerstande, den Streik zu proklamieren. Sie fordert die Instanzen der Organisationen auf, eine neue Funktionärenversammlung zum Sonnabend einzuberufen, damit der Streikleitung Gelegenheit gegeben wird, Bericht zu erstatten. Die Streikleitung.

Lohnvereinbarungen im Baugewerbe.

Wesentlich auf das Zustandekommen zum Reichsstarifvertrag für das Baugewerbe mühten die Stundenlöhne der einzelnen Fachgruppen an der Hand des gestern veröffentlichten Reichsindex berichtet werden. Die Vertreter der baugewerblichen Arbeitnehmerverbände vertaten bei den gestrigen Lohnverhandlungen einmütig den Standpunkt, daß infolge der enormen Verteuerung der Lebenshaltungskosten das Zulageabkommen bei weitem nicht den Lebensverhältnissen entspricht. Nach stundenlangen Verhandlungen wurde auf dem Wege steter Vereinbarungen folgendes Ergebnis erzielt: Der Stundenlohn für Maurer, Zementfahradarbeiter, Steinsetzer, Stein- und Kalkträger beträgt für die Zeit vom 20. bis 26. Oktober 7 Milliarden. Bauarbeiter erhalten 6825 Millionen, Tiefbauarbeiter 6614 Millionen; die Werkzeugenschädlung für Facharbeiter beträgt 88 Millionen. Die Löhne der übrigen Fachgruppen bewegen sich in der bisherigen Spanne. Heute ist in allen Betrieben ein Vorstoß von 50 Milliarden zu zahlen, für Kurzarbeiter ein entsprechend geringerer Vorstoß. Die Restzahlung erfolgt am Dienstag. Weiter wurde vereinbart, daß im Hinblick auf die überhöhten Verhältnisse der Vorstoß auf die kommende Woche erst am Montag festgelegt wird.

Gegenüber der Vertragskündigung sei noch erwähnt, daß die ursprünglich zur Ausgabe geplanten Vertragsmarken zurückgezogen werden. Der jährliche Beitrag für Facharbeiter beträgt 7 Milliarden, für ungelernte 6,5 Milliarden. Die Vereinstleitung hat Vorbehalten getroffen, daß das neue Markenmaterial am Sonnabend abend in den Verkaufsstellen durch die Bezirkskassierer zur Ausgabe gelangt. Wir ersuchen die Hauskassierer, sich, sich zwecks Empfangnahme des neuen Materials am Sonnabend abend in den Verkaufsstellen einzufinden.

Für R i m m e r wurde auf Grund der zentralen Abmachungen von den Tarifparteien für das Lohngebiet Groß-Berlin, Potsdam, Spandau, Wittenberg, Oranienburg und Königs-Wusterhausen der neue Lohn für die Lohnwoche vom 20. bis 26. Oktober auf 7 Milliarden und die Werkzeugenschädlung auf 105 Millionen pro Stunde festgelegt. Der Lohn für Vollere beträgt pro Woche 375,504 Milliarden, Ueberstunden 10,868, Nacht- und Sonntagarbeit 12,345 Milliarden. Wo vorher ein höherer Lohn gezahlt wurde, werden auf den bestehenden Lohn 84 Proz. aufgerechnet.

Die Lehrlingsentschädigung ist wie folgt festgesetzt:

	Gruppe A	Werkzeug-entschädigung	Gruppe B	Werkzeug-entschädigung
1. Lehrjahrsjahr	700 Mill.	10 500 000	1050 Mill.	15 750 000
2.	1050	15 750 000	1400	21 000 000
3.	1400	21 000 000	1750	26 250 000
4.	2100	31 500 000	2450	36 750 000
5.	2800	42 000 000	3150	47 250 000
6.	3500	52 500 000	3850	57 750 000

Insolge der sich täglich verändernden Verhältnisse wird der am Freitag zu zahlende Vorstoß am Montag, den 20. d. M., festgelegt. Für die 43. Beitragswochen beträgt der Beitrag 7,6 Milliarden.

Neue Löhne in der Schuhindustrie.

Vom 22. bis 27. Oktober erfolgt in der Schuhindustrie ein Vorstoß zum Grundlohn für Arbeiter im Betriebe von 11 869 772 900 Prozent und 633 054 560 M pro Stunde; für Heimarbeiter 14 747 293 630 Prozent. Mindeststundenlohn für Arbeiter über 21 Jahre: männl. 2 532 218 240 M., weibl. 1 899 163 680 M.

M a s s e n a r b e i t e r: Vom 22. bis 27. Oktober Mindeststundenlöhne: männlich und als Akkordbasis für neue Arbeiter 2 283 116 000 M., weiblich und als Akkordbasis für Reparaturarbeiten 2 168 880 000 M.

S c h u h m a c h e r: Vom 22. bis 27. Oktober Mindeststundenlöhne: männlich 2 283 116 000 M., weiblich 1 826 493 000 M.

S c h o h - u n d R e p a r a t u r b r a n c h e: Für die Arbeitnehmer der Schuh- und Reparaturbranche beginnt mit Wirkung ab 25. Oktober die Lohnwoche jeweils am Donnerstag früh und endet Mittwochsabend. Für die Woche vom 25. bis 31. Oktober beträgt der Mindeststundenlohn: männlich und als Akkordbasis für neue Arbeiter 2 141 700 000 M., weiblich und als Akkordbasis für Reparaturarbeiten 2 008 710 000 M. Für orthopädische und mechanische Betriebe 10 Proz. Zuschlag. Am Sonnabend wird jeweils ein Vorstoß gezahlt in Höhe von 90 Proz. des bis dahin verdienten Lohnes.

Die Vertrauensmänner-Versammlung der Reichsdruckerei

nahm nach eingehender Aussprache über die Schritte, die zur Befreiung des Belagerungszustandes zu unternehmen sind, mit starker Mehrheit folgende Resolution an:
Die Berliner Gewerkschaftskommission, der ADGB, und die Vorstände der drei politischen Arbeiterparteien werden aufgefordert, in sofortiger gemeinsamer Konferenz alle notwendigen und möglichen Maßnahmen der Berliner Arbeiterschaft zu ventillieren, die geeignet sind, den Ausnahmezustand zu beseitigen. Die Gesamtfunktionäre der graphischen Arbeiterschaft geloben, in dem durch gemeinsamen Beschluß vorkommender Körperschaften zustandekommenden Kampf der Gesamtarbeiterschaft gegen den Ausnahmezustand an erster Stelle zu stehen.

In der Versammlung wurde mitgeteilt, daß die Reichsbank am Donnerstagnachmittag die Abgabe von Zahlungsmitteln eingestellt habe, weil die Buchdrucker der Reichsdruckerei sich im Streik befinden. Diese Angabe beruhe auf Unwahrheit. Ueber eine Arbeitseinstellung hätte die Belegschaft erst am Freitag durch Urobstimmung beschließen können. Durch das Streikverbot wird eine solche jedoch hinfällig. Es sollte durch Stimmung gegen das Personal gemacht werden.

Achtung! Genossinnen! Achtung!

Freitag, den 26. Oktober, abends 6 Uhr

Gr. Funktionärinnen-Konferenz

im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, 3 Tr.

Tagesordnung: „Das Ermächtigungsgesetz.“

Referentin: Genossin Mathilde Wurm.

Kontrolle: 9. und 10. Kreis. (Funktionärkarte, Mitgliedsbuch.)

Gehaltszahlungen in wertbeständigen Zahlungsmitteln.

Vom Afa-Bund wird uns geschrieben:
Auf Drängen der Gewerkschaften hat die Reichsregierung schließlich Veranlassung genommen, in Anpassung an die Goldanleihe sofort ein wertbeständiges Zahlungsmittel zu schaffen.

Diese Maßnahme der Reichsregierung bietet zwar die Voraussetzung für eine wertbeständige Entlohnung, sichert aber noch nicht die tatsächliche Auszahlung in den neuen Zahlungsmitteln. Es muß vielmehr jetzt Aufgabe der Angestellten, insbesondere deren Funktionäre sein, von jetzt ab bei allen Gehalts- und Tarifverhandlungen von den Unternehmern und deren Organisationen die bindende Verpflichtung zu fordern, daß künftig Gehaltszahlungen nur mit wertbeständigen Zahlungsmitteln erfolgen.

Der Afa-Bund und die angeschlossenen Organisationen werden sich zentral, bezirklich und örtlich für die erfolgreiche Durchführung dieser Bewegung einlegen. Der Afa-Bund hat auch bereits von dem Herrn Reichsarbeitsminister gefordert, die Schlichtungsausschüsse anzuweisen, auch bei ihren Entscheidungen entsprechend zu verfahren.

Gegen die kommunistische Generalfreibe.

Kommunistische Heher hatten es unter Ausnutzung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage darauf abgesehen, die Arbeiter in Großindustriewerken Hannovers in den Generalfreie hineinzubringen. Den Bemühungen der Gewerkschaften ist es gelungen, den kommunistischen Plänen ein Ziel zu setzen. In die hannoversche Arbeiterschaft wurde von den freien Gewerkschaften folgende Mahnung gerichtet: „Dunkle verantwortungslose Kräfte sind am Werke, die arbeitenden Massen zum Generalfreie aufzurufen, um die politische Macht zu erobern. Die am 24. Oktober versammelten Vorstände der freien Gewerkschaften erklären dazu folgendes: Ein Generalfreie ohne Zustimmung der zuständigen Organisationen ist ein Verbrechen an den arbeitenden Massen und wird sie in ein namenloses Unglück stürzen. Die Gewerkschaften lehnen es mit aller Entschiedenheit ab, im gegenwärtigen Augenblick den Generalfreie zur Eroberung der politischen Macht zu erklären.“ — In Hannover ist alles ruhig.

Den Angestellten im hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe sind als weiterer Vorstoß auf das Oktobergehalt sofort — soweit es technisch möglich ist und die notwendigen Zahlungsmittel vorhanden sind — 60 Septembergehälter zu zahlen.

Abfahrgeldzahlung im Buchdruckgewerbe. Gestern trat die Lohnkommission für das Buchdruckgewerbe zusammen, um die Löhne für die laufende Lohnwoche festzusetzen. Da erst heute ein endgültiges Verhandlungsergebnis erzielt werden dürfte, werden vereinbart, bis spätestens Sonnabend eine weitere Abfahrgeldzahlung in Höhe von 84 Milliarden Mark in der Spitze zur Auszahlung zu bringen.

Zu dem Bericht über die Versammlung der graphischen Arbeiter schreibt uns Genosse Braun:

Die teilweise Unruhe in der Versammlung der graphischen Arbeiter hat anscheinend den Berichtstatter des „Vorwärts“ zu Irrtümern veranlaßt. Wir wurden nicht vom Adjutanten des Reichswehrministers Major Ross, sondern vom Deserenten des betreffenden Regiments, Herrn Hauptmann Marks, empfangen, der uns nach längerer Unterhaltung den Entschluß des Ministers mitteilte, daß dieser uns in der Frage der Aufhebung des Verbots der „Roten Fahne“ nicht empfangen könne. — Auf einige weitere Schiefeiten des Berichts gehe ich an dieser Stelle nicht ein. Robert Braun.

Das Lohnkommen für die Holzindustrie. Der Tariflohn für die Berliner Holzindustrie in der Woche vom 21. bis 27. Oktober ist um 600 Proz. erhöht und beträgt für erwachsene Facharbeiter 3325 Millionen Mark pro Stunde. Beträge von 500 000 M. werden auf volle Millionen nach oben oder nach unten abgerundet. Des weiteren wird die Arbeitgeberorganisation ihre Mitglieder anweisen, Dienstag oder Mittwoch eine entsprechende Akkordzahlung zu leisten.

Die Lohnfestsetzung für die Konditoren für die laufende Woche ist gescheitert. Die Arbeitgeber machten ein so geringes Angebot, daß es nicht einmal den Indergelassen für die vorhergehende Woche entsprach. Sie nehmen jetzt Goldpreise. Von unserer Seite wurde verlangt, daß auch die Löhne demselben Multiplikator unterliegen sollten. Dies lehnten die Arbeitgeber ab.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren. Sattlerverband. Reichsstarif in der Treibriemen-Industrie. Der Spitzenlohn wurde für die Klasse Ia auf 3 1/2 Milliarden festgelegt, für die Einostmücker beträgt der Spitzenlohn 3542 Milliarden.

An die Angestellten im Glanzhandel ist bis Sonnabend das Gehalt der Borwoche zuzüglich 340 Proz. unter Einbehaltung der geschlichen Abzüge zur Auszahlung zu bringen.

Die Angestellten im Buchdruck-Buchbinder-Gewerbe erhalten unverzüglich weitere 50 Septembergehälter laut Anweisung des Arbeitgeberverbandes ausgezahlt. Weitere Verhandlungen finden am Montag statt.

Salzarbeiterverband. Gemäß der Bestimmungen des Statuts, ein Beitrag gleich einem Stundenlohn, werden für die laufende Woche nachfolgende Beitragssätze herausgegeben, und zwar in Millionen: 4800, 3600, 3200, 2600, 1900, 1400, 1000. Beiträge 4 Millionen.
Vorläufige Maßnahmen von Schärbenangehörigen. Ueber dieses Thema spricht Reichssozialratgeber Siebel heute abends 7 Uhr in der Bräuerlei Rühnigahdt, Schönaner Allee 10-11, in einer Mitglieder-Versammlung des Afa. Es ist Pflicht aller Mitglieder des Reichsverbandes der Angestellten, die bei Schärben beschäftigt sind, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Wirtschaft

Reichsbank und Rentenbank.

Die Rentenbank ist gegründet, der Druck der Rentenmark im Gange. Damit besteht die Aussicht, daß das vorläufige wertbeständige Zahlungsmittel, für das die jetzt in den Verkehr gelangenden kleinen Stücke der Goldanleihe nur ein Belegmittel sind, in der nächsten Zeit weiten Kreisen zugänglich wird. Die Tätigkeit der Rentenbank beschränkt sich auf Geschäfte mit dem Staat, mit der Reichsbank und den Notenbanken der Freistaaten. Die Kredite, die an die Privatwirtschaft gegeben werden, laufen durch die Hand der Reichsbank, die im übrigen auch damit betraut ist, die neuen Zahlungsmittel in Umlauf zu setzen. Dieses Verhältnis zwischen Reichsbank und Rentenbank erfordert eine Umgestaltung des Bankgesetzes, über die der Vizepräsident der Reichsbank der Presse nähere Mitteilungen machte.

Das Reichskabinett hat demnach eine Verordnung beschlossen, welche die Reichsbank ermächtigt, Rentenbriefe zu kaufen, zu verkaufen und zu beleihen. Diese Rentenbriefe stellen bekanntlich die Deckung für die Rentenmark dar. Die Reichsbank bekommt ferner das Recht, Rentenmarktscheine bereitzustellen und abzugeben. Schließlich wird sie von der Rentenbank Darlehen nehmen dürfen, die sie als Kredite an die Privatwirtschaft weitergibt.

Durch die Ausgabe der Rentenpfordbriefe und der Rentenmark wird die schwebende Schuld vermindert und so weit als möglich abgedeckt. Gegen Rentenmark wird die Reichsbank Papiermark antauschen, so daß sich der Marknotenumlaufl vermindert. So kommt die Rentenmark in den Verkehr. Die eingehenden Papiermarkbeträge werden von den Schatzanweisungen des Reiches abgeschrieben. Von diesen Maßnahmen erhofft die Reichsbank eine Stärkung des Vertrauens in die Zentralnotenbank, der Umlauf an Papiermark wird zurückgehen. Die Rentenmark, die statt dessen in den Verkehr tritt, bewirkt nach ihrer Meinung keine eigentliche Inflation, da die Rentenmark jederzeit in goldverzinsliche Rentenbriefe umgetauscht werden können. Auf diese Weise wird die schwebende Schuld fundiert nicht durch die Staatsgewalt, sondern durch das eigene Interesse jedes einzelnen. Die Papiermark muß dann steigen. Der Erfolg der Rentenmark wird davon abhängen, ob es gelingt, den Reichshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Sie stellt aber nur eine provisorische, nicht eine endgültige Lösung dar.

Durch die Loslösung der Reichsbank von den Staatsfinanzen erhält die Reichsbank wieder den Charakter einer Goldnotenbank, und um diesen durchzuführen, sind in der angefordigten Verordnung eine Reihe Maßnahmen vorgesehen.

Die Reichsbank wird ermächtigt, Goldmarknoten auszugeben, die zu einem Drittel durch echtes Gold oder ausländische Zahlungsmittel gedeckt sein müssen, und im übrigen durch Goldwechsel gedeckt sind. Goldnoten sind in Dollar und in Pfunden einlösbar. Die Reichsbank erhält ferner das Recht, Goldschuldschreibungen mit kurzer Laufzeit auszugeben, die wertbeständig sind. Das geschieht zu dem Zwecke, um den Bedürfnissen nach kurzfristigen wertbeständigen Anlagen entgegenzukommen und um durch den Verkauf solcher Schuldverschreibungen Geld aus dem Verkehr ziehen zu können. Solche Schuldverschreibungen können ausgegeben werden auf Grund wertbeständiger Kredite, wie sie jetzt erteilt werden. Der Gesamtbetrag der Schuldverschreibungen ist begrenzt auf den dreifachen Betrag desjenigen Goldbestandes der Reichsbank, der vollkommen frei verfügbar ist, also auch nicht als Deckung für Goldnoten benötigt wird.

Bergesehen ist ferner, daß die Papiermark vorläufig nicht, wie vor dem Kriege, zu einem Drittel in Gold gedeckt zu sein braucht; man will sich die Möglichkeit vorbehalten, den Verkehr mit ausreichenden Zahlungsmitteln zu versehen, und in diesem Falle kann auch der Bestand an Rentenbanktscheinen als Deckung für Papiermark zugelassen werden. Man beabsichtigt ferner, bestimmte kleinere Notentypen aufzurufen und einzuziehen, wozu in der Verordnung die Ermächtigung erteilt wird.

Wir kommen auf die politisch wichtigen Folgerungen dieser neuen Maßnahmen an anderer Stelle zurück.

Englands Kohlenausfuhr.

Die Handels- und Industriebeilage der „Times“ berichtet in ihrer Nummer vom 13. Oktober 1923 über die Mehrlieferung von Kohlen an des Ausland in den ersten acht Monaten dieses Jahres gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres an folgende Länder:

	Januar-August 1923	1922	mehr
Deutschland	5 121 285	10 474 894	5 353 109
Frankreich	8 551 255	12 770 324	4 219 069
Belgien	1 819 541	4 435 945	2 616 404
Italien	4 016 084	5 105 057	1 088 973
Niederlande	—	—	ca. 800 000

Das Blatt sagt, daß die Kohlenkäufe Deutschlands seit dem höchsten Stand in den Monaten März bis Mai erheblich nachgelassen haben und daß infolge des schlechten Geschäftsganges deutsche Käufer, trotzdem die deutschen Kohlenpreise die englischen Preise übersteigen, versuchen, von den Beträgen loszukommen und die Kohlen auf offenem Markt zum Weiterverkauf anbieten.

Gewaltige Geldanforderungen an die Reichsbank. Die Anforderungen bei der Reichsbank an Zahlungsmitteln überstiegen gestern vormittag alles bisher Dagewesene. Die Gesamtanforderung belief sich auf eine Trillion (eine Million Billionen) Mark. Die Reichsbank konnte diesen Anforderungen an Zahlungsmitteln nicht gerecht werden. Es mußten vielmehr Repartierungen eintreten. Jetzt stellt die Reichsbank 300 000 bis 400 000 Billionen Papiermark zur Verfügung. Auch die gewaltige Zunahme des Notenbedarfs macht die Einführung wertbeständigen Geldes zur dringenden Notwendigkeit.

Handel mit Devisen und wertbeständigen Anleihen auch am Sonnabend. Der Berliner Börsenvorstand gibt bekannt: Beginnend mit Sonnabend, den 27. Oktober 1923 werden in der Folge auch an den Sonnabenden in der Zeit von 11 bis 12 Uhr ausländische Zahlungsmittel (Devisen und Noten), um 1 1/2 Uhr deutsche wertbeständige Anleihe und deutsche Dollaranschaffungen zur amtlichen Notiz gelangen.

Die Steigerung der Indeziffer. Ueber die Berechnungsweise der Steigerung der Indeziffer von Woche zu Woche bestehen, wie zahlreiche Rückfragen bei unserer Redaktion beweisen, noch vielfach Unklarheiten. Die Steigerung ist die Differenz zwischen der letzten und der vorherigen Indeziffer, bezogen auf den Index der Borwoche. War also der Index am 15. d. Mts. 691,9 Millionen, am 22. Oktober 3045 Millionen, so ist die Differenz 3045 — 691,9 = 2353,1 Millionen. Diese geteilt durch 691,9 ergibt 340 Proz. Daran kann auch der Umstand nichts ändern, daß andere Blätter zufällig infolge eines Druckfehlers, wie er leicht vorkommen kann, eine Steigerung von 430 Proz. veröffentlichten. Daß der Index die Feuerung nicht ausreichend spiegelt, weil er die Feuerung der letzten Tage nicht erfasst, wurde von uns bereits betont.

Die Spielkartensteuer wird vom 29. Oktober d. J. ab auf drei Milliarden neunhundert Millionen Mark je Spiel erhöht.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Julius Seltenus; Gewerkschaftsbewegung: J. Schöner; Kultur: Dr. John Schöner; Lokales und Sonstiges: Felix Rühl; Religion: Dr. Gieseler; Familien in Berlin: Berlog; Formale: Berlog G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 3. Stock.

Im Kampf mit dem Wucher!

Stadtverordnetendebatte über die Nahrungsmittelversorgung.

Die Not der Berliner Bevölkerung, die zu Minderungen von Bäckereien geführt hat, fand gestern in der Stadtverordnetenversammlung laute Wiederhall. Mit dem dringenden Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der der Magistrat und die Regierung zu schleunigster Abhilfemaßnahmen aufrief, wurden Anträge der Demokraten und der Wirtschaftspartei verhandelt. Genosse Reuter begründete die wohlwollenden Vorschläge der Fraktion, deren Durchführung die Versorgung Berlins mit Brot, Kartoffeln, Fleisch und anderen Lebensmitteln bessern und verbilligen könnte. Seine Forderung, nach der Brotkatastrophe der letzten Tage die öffentliche Bewirtschaftung wiederherzustellen, stieß bei der Mehrheit auf Widerspruch. Der Magistratsvertreter, Stadtrat Genosse Wuytj, ließ seinen Zweifel darüber, daß der Magistrat geneigt ist, nötigenfalls nach dem Vorschlage unserer Genossen mit Hilfe der Konsumgenossenschaftsbäckerei städtisches Brot herzustellen und für billiges Geld abzugeben. Die Kommunisten stellten keine eigenen Anträge; sie schienen der geplanten Hilfsaktion auch wenig Interesse entgegenzubringen, und die meisten von ihnen hielten sich fast während der ganzen Debatte außerhalb des Saales auf. Aber ihr Redner mußte anerkennen, daß von unserem Antrag einige Hilfe zu erwarten ist, und sie stimmten dann für ihn. Die bürgerliche Mehrheit folgte leider den Deutschnationalen und beseitigte die Forderung öffentlicher Bewirtschaftung. In allem übrigen wurde unser Antrag und ein dazu von der Fraktion noch vorgelegter Ergänzungsantrag, der die einzelnen Vorschläge enthält, angenommen.

Auf die Tagesordnung der gestrigen Sitzung hatte der Vorsitzende im Einverständnis mit der großen Mehrheit des Kollegiumsrats die Beratung des Entwurfs einer

neuen Geschäftsordnung

geleitet. Die Kommunisten ließen durch Dörte Einspruch dagegen erheben. Ihr Verlangen, diesen Gegenstand zurückzustellen und statt dessen die Ernährungsfrage zu verhandeln, wurde auch mit Rücksicht darauf, daß Stadtrat Wuytj noch im Ernährungsministerium zurückgehalten werde, abgelehnt und in die Beratung des Entwurfs eingeleitet, den der Ausschuss an zahlreichen Stellen abzuändern vorschlägt und zu dem auch von den Sozialdemokraten und von der Deutschen Volkspartei eine Reihe von Abänderungsanträgen vorliegt.

Die Erörterung, die sich nach der Erklärung des Vorsitzenden auf die Befreiung des Entwurfs zu erstrecken hatte, wurde von Dörte (Komm.) eröffnet. Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht. Die von unseren Genossen beantragten Änderungen wurden angenommen. Von den Anträgen der Deutschen Volkspartei fand derjenige, die Ausschüsse durchweg aus 17 (statt 16) Mitgliedern zusammensetzen, mit 88 gegen 85 Stimmen Annahme.

In der im Einzelnen beschlossenen Fassung wurde die neue Geschäftsordnung mit großer Mehrheit genehmigt; sie wird in Kraft treten, sobald der Magistrat seine Zustimmung erteilt hat. — Hierauf wandte sich die Versammlung der brennenden Frage der

Lebensmittelversorgung Berlins

zu. Der Versammlung lag der (von uns gestern schon mitgeteilte) Dringlichkeitsantrag unserer Genossen vor: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, bei den zuständigen Reichsbehörden mit äußerster Beschleunigung und Energie darauf hinzuwirken, daß die Nahrungsmittelversorgung der Berliner Bevölkerung zu erträglichen Preisen aufrechterhalten bleibt. Insbesondere ist zunächst unter Aufhebung entgegenstehender gesetzlicher Bestimmungen die öffentliche Brotversorgung mit Heranziehung der vorhandenen Vorräte der Reichsgetreidestelle fortzuführen und die Belieferung mit Kartoffeln sicherzustellen. Des weiteren ersucht die Versammlung den Magistrat, im Benehmen mit der preussischen

Staatsregierung schleunigst die Volksspeisung auszubauen.“ — Anträge ähnlicher Tendenz waren von den Demokraten und der Wirtschaftspartei eingebracht; von den Deutschnationalen lag ein Antrag auf Amendingung des Antrags unserer Genossen vor. Die Debatte wurde gemeinsam über die drei Anträge geführt.

Gen. Reuter: Eine ungeheure Katastrophe ist in den letzten Tagen über die Berliner Bevölkerung hereingebrochen. Schon vor Monaten haben wir hier mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Aufhebung der Getreideumlage ein außerordentlich unglückliches Beginnen der bürgerlichen Parteien des Reichstages war; die katastrophale Entwicklung der letzten Wochen hat unsere damals geäußerten Befürchtungen noch weit überboten. Der auf dem Gebiet der Brotversorgung eingetretene Zustand hat den Magistrat genötigt, mit allen Mitteln einzugreifen. Auf's äußerste wurde die Lage dadurch verschlimmert, daß mit dem Fall der Zwangsbewirtschaftung ein bisher unerhörter katastrophaler Nahrungsvorfall einherging, so daß dadurch die Brotversorgung vollkommen zum Erliegen kam. Wenn die Wiedereinführung der Umlage nicht möglich sein sollte, muß doch der Magistrat einer so großen Kommune wie Berlin unbedingt dafür sorgen, die nötige Getreidemenge sicherzustellen, auch dafür, daß die Sache technisch so organisiert wird, daß Berlin in ganz kurzer Zeit versorgt werden kann. Wir brauchen nicht bloß diese Getreidereserve, sondern sie muß auch

für die Brotversorgung nutzbar gemacht

werden, und darin liegt augenblicklich die größte Schwierigkeit; denn nicht bloß die konsumierende Bevölkerung, sondern auch die Produzenten, das Gewerbe, leidet aufs Schwerste unter der heutigen Katastrophe. Auch das Gewerbe darf nicht zum Erliegen kommen, es muß seine volkswirtschaftliche Mission erfüllen können. Auch hier muß der Magistrat alles tun, um ihm beizuhelfen. Daher sind Verhandlungen notwendig mit der Reichsregierung wegen Flüssigmachung der nötigen Kredite; der heutige Zustand, daß die Bäcker das Geld für einen oder ein paar Sack Mehl nicht aufbringen können, ist auf die Dauer unhaltbar. Ganz besonderes Gewicht sollte der Magistrat bei solchen Kreditationen darauf legen, daß die großen leistungsfähigen Betriebe, die Großbäckereien, die Konsumgenossenschaften besonders berücksichtigt werden, damit auch der Zweck erreicht wird, die Brotproduktion einigermaßen zu verbilligen. Die Berücksichtigung dieser Zusammenhänge wird der Magistrat bei der Reichsgetreidestelle geltend zu machen haben; sie wird sich dann überzeugen, daß solche Kreditationen durchaus möglich sind. Neben der Störung der Brotversorgung steht Berlin eine ungeheure Brotverwertung, die ein unerträgliches Ausmaß erreicht hat. Welche Mittel sind bisher dem Magistrat aus dem Fonds zur Verfügung gestellt, der im Reichsgesetz für die Verbilligung des Brotes für die minderbemittelte Bevölkerung vorgesehen ist? Sollte wirklich, wie ich höre, nur eine Verbilligung um 5 Prozent in Frage kommen, so ist das zweifellos gegen die Absicht des Gesetzgebers; es muß da also ein Fehler liegen — jedenfalls müssen diese Mittel in voller Höhe zur Verfügung gestellt werden. — Der

Kostenaufwand zur Sicherung einer Kartoffelreserve

von 300 000 Zentnern ist ja unter den heutigen Verhältnissen ein ungeheurer, aber die Beschaffung ist eine unbedingte Notwendigkeit. Vor einigen Monaten hat die Mehrheit unserer Anträge, die Gemeindevorrichtungen für Lebensmittelverteilung auszubauen, abgelehnt. Die Erfahrung hat trotzdem gelehrt, daß diese Einrichtungen sich durchaus bewährt haben, daß sie auch preisregulierend gewirkt haben, so vor allem die Fleischverkaufsstellen. Wir schlagen also keine Experimente vor, sondern fordern den Ausbau dieser vorhandenen kommunalen Institute auf Grund der praktischen Erfahrungen. Nicht nur für Gefrierfleisch und Fische, sondern in weit umfassenderem Maße muß diese Einrichtung für die Bevölkerung nutzbar ausgestaltet werden, soweit die Stadt Mittel dazu vom Reich erhalten kann und soweit ihre eigenen Mittel reichen. Insbesondere muß der unbemittelten, zumal der schon vom Wohlfahrtsamt er-

halten Bevölkerung auch auf diesem Wege geholfen werden; wir haben ja den bürokratischen Apparat, der nicht leer zu laufen braucht. — Dem

Ausbau der Volksspeisungen

meßen wir den allerhöchsten Wert bei; auch hierfür muß das Geld auf steuerlichem Wege beschafft werden. — Zur Ausführung unserer Forderungen haben wir spezialisierte Anträge formuliert und eingereicht. Zeigen wir der Bevölkerung, daß die Stadtverwaltung entschlossen ist, alles aufzubieten, um ihr zu Hilfe zu kommen! (Lebhafte Beifall.) — Die in der Rede zuletzt erwähnten

Anträge

gehen dahin: 1. Dem Antrag Heimann hinzuzufügen: „Neben den von der preussischen Regierung in ihren Aufrufen geforderten freiwilligen Spenden muß eine feste Sicherstellung der Finanzierung erfolgen durch Ermächtigung der Reichsregierung an die Gemeinden, eine Sondersteuer für Volksspeisung zu erheben. — Der Magistrat wird ersucht, bei der Reichsregierung auf eine solche Ermächtigung zu dringen.“

2. Angesichts der immer größer werdenden Katastrophe der Berliner Bevölkerung und der drohenden Gefährdung der Lebensmittelversorgung ersucht die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat, mit allem Nachdruck folgende Maßnahmen zu ergreifen: Der Magistrat möge im Einvernehmen mit der Reichsregierung und der Reichsgetreidestelle für eine unbedingte Sicherstellung der für Berlin notwendigen Getreidereserve sorgen und veranlassen, daß die Getreidereserve für Berlin jederzeit greifbar gelagert werden, damit eine Störung der Zufuhr ausgeschlossen bleibt. Der Magistrat wolle beschleunigt auf Flüssigmachung der aus dem Brotversorgungsgesetz fließenden Mittel dringen und ihre Verwendung zu Gunsten der minderbemittelten Bevölkerung schleunigst organisieren. Zur Verbilligung der Brotproduktion möge der Magistrat besonders die großen leistungsfähigen Bäckereien der Seeresleitung, der städtischen Anstalten und der Konsumvereine heranziehen. Der Magistrat möge für eine Erleichterung des Kredits für das Gewerbe zur Beschaffung des nötigen Mehlens eintreten und evtl. unter eigener Mitwirkung der Stadt geeignete finanzielle und organisatorische Maßnahmen treffen, um das Stöcken der Brotversorgung aus Mangel an Zahlungsmitteln bei den Produzenten zu verhindern. — Die Versammlung ersucht den Magistrat, daß er nicht nur die bereits beschlossene Winterkartoffelreserve von 300 000 Zentnern sichert, sondern auch durch eigenes Eingreifen auf dem Lebensmittelmarkt, durch den Ausbau seiner Gefrierfleischstände, Organisation von Fischverkauf, systematische Unterstützung der minderbemittelten Bevölkerung durch Abgabe billiger Lebensmittel von sich aus die Bevölkerung, soweit die Gemeinde dazu überhaupt in der Lage ist, unterstützt.

Zur Kennzeichnung der Stellungnahme des Magistrats nahm zum Versorgungsproblem Stadtrat Genosse Wuytj das Wort. Nach einer eingehenden kritischen Würdigung des Verlaufs der Verhandlungen, die zur Befreiung der behördlichen Brotwirtschaft am 15. Oktober geführt haben, und nach einem Rückblick auf die Bemühungen der Regierungsinstanzen, die Verantwortung für alle daraus entspringenden Konsequenzen den Gemeinden zuzuschreiben, setzte er auseinander, wie bis zum letzten Sonntag von oberher lediglich beruhigende Erklärungen abgegeben worden seien, so daß die Verwaltung durch die tumultuarischen Vorgänge des Montag nicht wenig überrascht gewesen sei. Dabei sei eine unglaubliche Hamstererei durch einen Teil der Bevölkerung getrieben worden, der allerdings im Einverständnis mit den Bäckern durch die Wiederaufnahme der Brotkarte ein Ende habe gemacht werden können. Die angestellten umfangreichen Untersuchungen und Erhebungen hätten ergeben, daß die Zurückhaltung von Mehl und Brot nicht die Ursache der Montagsdeute in der Berliner Bevölkerung gewesen ist; die letzte Ursache sei vielmehr gewesen, daß der Übergang in die freie Wirtschaft in eine

Periode äußerster Währungsverfall

hineingeriet. Unvergütlich und mit der größten Energie sei der Magistrat auf sein Ziel losgegangen, so schnell wie möglich den Markt mit Waren zu besetzen, und das werde schon morgen ausreichend der Fall sein. Die bürgerliche Vereinerung mit der Reichsgetreidestelle und allen Interessen sei durch gewisse, vom Tagespreis der Börse unabhängige Preisfestsetzungen ergänzt, die auch für 8 bis 10 Tage eine Bestimmung des Brotpreises herbeiführen würden, der also über zehn Milliarden nicht hinausgehen würde; auch der Finanzminister sei

Nach einer halben Stunde standen sie zwischen dunklen Höhen ganz oben unter den Sternen, und tief unten am Fuße der Westberge dehnte der Fjord sich aus, hier und da schimmerten die Laternen der Schiffe, und weiter ostwärts lag bis hin zum Lindenhof die Gemeinde, mit all den kleinen erleuchteten Fischerhütten.

Nun setzten drei, vier sich auf den größten Schlitten und Martin Pelzdecke nahm ganz vorn Platz, um mit den Füßen zu steuern. Die Mädchen freischien vor Grauen und Lust, als es losging, rascher und immer rascher ging es schauerte, der Sturm schlug ihnen in das Gesicht, eisig durchschauerte es den ganzen Körper, — ein Schwung und jetzt liegt der Schlitten auf einer Kufe weiter, noch eine Kurve, und er ist drauf und dran, in den breiten Graben zu fliegen, aber nein, er hält sich — und nun weiter durch das Dunkel, steiler und immer steiler, rascher und immer rascher. Und dort unten am letzten Hang taucht jetzt etwas Schwarzes auf, es weicht nicht aus, es ist ein Pferd und ein Schlitten. „Ein Pferd! freischen alle auf der Kufe wie in Seent, aber es ist unmöglich, die Fahrt zu hemmen, und an der einen Seite des Wegs ist die schroffe Felswand, an der anderen Felsblöcke und Gräben, — das Pferd häumt sich auf und schnaubt, der Mann, der es am Zügel führt, flucht und droht, aber am Begrande rast der Rodelschlitten vorüber und verschwindet mit einer Flammenspur hinter sich in der Finsternis.

Und gerade, als der Mann weiterfahren will, ertönt ein neues Hallo, und diesmal stürzt er vor, um das Pferd am Zaum zu fassen, gleitet aber auf dem Eise aus und fällt auf die Nase, gerade als wieder ein Schlitten vorüberrauscht.

Nicht jeden Beliebigen nahm Lars mit auf seinen „Bly“, aber heute abend fuhr Ellen Rona mit ihm, obwohl die beiden in letzter Zeit nicht mehr gut Freund waren. Denn erstens neckte sie ihn immer, und zweitens neckten die anderen sie beide und behaupteten, sie seien Mann und Frau, weil sie vor eiskalten Jahren getraut worden waren.

Diese Hochzeit hatte an einem Sommerfronntag in der Scheune in Rona stattgefunden, als die Kinder sich dort zum Spielen verammelt hatten. Und da kommt einer auf den Einfall, daß sie Gasthaus spielen wollen und der andere, daß Ellen und Lars ein Brautpaar sein müssen, und dann wird eine Tür über eine Tonne gelegt, das ist der Altar, und Martin Bruvolden hüllt sich in eine Plane und ist Piarrer, und Ellen und Lars wissen nicht, wie ihnen geschieht, ehe sie vor dem Altar stehen und die Augen niederschlagen, wie Brautleute es zu tun pflegen.

(Fortsetzung folgt.)

Copyright Georg Müller, München.

Die Lofotfischer.

Roman von Johan Bojer.

„Was gibt es denn?“ sagte Ulvesen.
 „Das ist ganz verteuert“, sagte Jakob, „da gehen die Laufkerte und erzählen, die Ware sei bei Varsen da hinten an der Brücke soviel besser als hier. Ich habe sie gestern verprügelt und habe dafür freies Nachtquartier bekommen. Aber Schwerenot, der Teufel soll dich holen, wenn du mir nicht Tau und Garn gibst, weil ich dich in Schutz genommen habe.“
 Und Ulvesen schüttelte den Kopf. Er wußte, daß Jakob log, aber es war doch immerhin besser, als wenn andere mit frommen Bibelworten kamen, wenn sie pumpten wollten.
 Aber Kristaver wollte viel haben. Ulvesen riß die Augen weit auf: Kristaver wollte Ausrüstung für fünf Mann haben.
 „Ja, man sieht es dir nicht gleich an, daß du dir ein Lofotboot kaufen konntest“, sagte Per Suzanja, und Ulvesen hörte es, und das war wohl auch Pers Absicht.
 Das leuchtete dem Krämer ein. Der Kristaver sah wirklich aus, als werde er bezahlen.
 Donn machten sie sich im Schneegestöber wieder auf den Weg den Fjord hinaus. Jetzt vor Weihnachten war geschäftige Zeit.
 Und in Myran war abends kaum Platz genug in der Stube. Lars und Oluf saßen an einer Wand und knüpften um die Weite Dorfschnehe. Kristaver saß an einer anderen Wand; der zehnjährige Tosten und die kleine Jonetta, die sechs Jahre alt war, saßen am Boden und hatten genug damit zu tun, die Rehnadeln einzufäden. Marja arbeitete eifrig an zwei dicken gestrickten Wolljassen für die Lofotfahrer, die man über Woll- und Leinenhemd über den Kopf streifen konnte, und die blau und rot geringelt waren. Und selbst die Alte mit der Brille sah in der Dienede und rief auf einem geriesten Brett die neuen Wollstrümpfe und Fausthandschuhe, die in warmes Seifenwasser gelaucht waren, damit sie sich verfilzten und dick und warm würden.
 „Das wird gut tun an den Füßen“, sagte sie zu Lars und zeigte ihm ein paar Socken, die sie gerade in Bearbeitung hatte.
 Die qualmende Lampe warf einen mattgelben Schein über viele eifrige Hände.
 Da kam der Schuhmacher ins Haus. Und als Lars die neuen weichen Wasserstiefel anhatte, die über dem Knie zu-

sammengefaltet, aber auch bis zu den Hüften hinaufgezogen werden konnte, da hat er Oluf, ihm Platz zu machen, damit er sich frei bewegen könne. Und nun holte der Vater einen Sack herein und warf ihm den hin, und eine neue blaue Seeweste kam zum Vorschein, eine gelbe Desjake, die ganz frisch roch und an der die Finger fast hängen blieben. „Großer Gott!“ rief Oluf und starrte die Jase an. „Halt's Maul“, sagte Lars, denn außer den Siefeln war noch eine dicke Pelzjase anzuziehen. Als er endlich in voller Montur da stand, kam er sich vor wie ein Krieger in voller Rüstung, und es war nur dumm, daß gerade jetzt das alberne Ding, die Jonetta, herbeigelauert kam und ihn neckend fragte, ob sie miteinander einen Wettlauf machen wollten.

Es kamen klare, stille Frostabende, da der Weg zum Bergfattel hinauf wie ein gewundenes Band von blankem Eise dalag, und immer höher zog sich dieses Land hinauf, bis es mit dem Himmel selber verschwamm.

Und jetzt kam für die Jugend die große Zeit des Rodelns.

Es kam vor, daß Lars das Neheküpsfen ließ, um einen Augenblick aus der Haustür zu schauen, und dann war es nicht leicht, in seiner Haut zu stecken. Er hörte Rufen und Lärmen von den Hügeln her und sah förmlich Funken sprühen auf dem Wege, so oft die eisernen Rufen über einen Stein oder einen Sandfleck wegslogen. Er war ja freilich jetzt ein Lofotfischer, aber er hatte auch einen Schlitten, der „Bly“ hieß, weil er so viel rascher dahinsaupte als die anderen. Und eh er es noch selber bedachte, hatte er sich auf den Hof hinausgeschlichen, und gleich darauf flog er, den Schlitten hinter sich herziehend, zu den Hügeln hinauf, ohne sich um Oluf weiter zu kümmern.

Am Fuße der Hügel versammelten sich Knaben und Mädchen und gingen zusammen hinauf, und hier traf Lars Kameraden genau aus der ganzen Nachbarchaft. Da war der lange Peter Rönningan, der stotterte und Jahr für Jahr vom Pastor zurückgewiesen wurde, weil er so dumm war. Ihn nannten die andern Peter Galeas. Martin Bruvolden hieß Martin Pelzdecke, Lars nannten sie Hellauge, und Olof hieß Teurer Tod.

Es waren große Schlitten und kleine, und die Mädchen waren gleichaltrig mit den Burschen, keine Kinder mehr und doch noch nicht ganz erwachsen. Und als sie nun eilig und pflaubernd die Hügel hinaufstiegen, erklang höher oben im Dunkel ein Schrei: „Hallo, Platz da!“ Und im selben Augenblick saufe ein Schlitten vorbei — auf beiden Seiten fransig von Füßen, und rast abwärts unter ständigem Rufen der Darauftgehenden.

bisichtlich der Kreditgewährung an die Bäcker entgegengekommen. Alles in allem habe sich

Die freie Wirtschaft als schwerer Verfolger erwiesen. Der Magistrat werde für den Fall, daß die Wirkung der getroffenen Maßnahmen nicht unmittelbar einträte, nicht davor zurücktreten, die Großbäckereien direkt mit Mehl zu versorgen und für die Bürgerchaft zum Selbstkostenpreise auf kürzestem Wege Brot herstellen zu lassen (Anruhe rechts). Die Beschaffung des Mehls für die Kartoffelreserve sei mit Hilfe des Städtischen Amtes gelungen; einige tausend Zentner seien bereits eingelagert.

Am der Aussprache beteiligten sich Kröppel (Dp.), der das Verlangen der freien Wirtschaft trotz alledem nicht wahrhaben wollte, Biele (Z.), Koch (Dnsl.), der sich zwar für den Antrag der Sozialdemokraten mit einer „kleinen“ Modifikation erklärte, aber erneut seinen Bannstich gegen den „Kommunismus“ schleuderte, und der Kommunist Venus, der anerkannte, daß der sozialdemokratische Antrag die bestehenden furchtbaren Notstände mildern könne, der aber des Heil nur von den Kontrollausschüssen und der Arbeiterregierung erwartet. — Im Schlußwort betonte Gen. Reuter nochmals, daß hinsichtlich des Verbleibs der „Brotabgabe“ zur Verbilligung des Brots für die Kinderbewahranstalten ein verdächtiges Dunkel bestehe. Eine Aufklärung erfolgte nicht. — In der

Abstimmung

nahm die Versammlung den ersten Satz des Antrags Heimann einstimmig an; der zweite wurde auf Antrag der Deutschnationalen in folgender Form an den ersten angehängt: „Insbesondere die Brotversorgung und die Belieferung Berlins mit Getreide sicherzustellen“. Der Rest des Antrags sowie die weiteren Vorschläge Heimann wurden durchweg unverändert angenommen und hierauf die Anträge der Demokraten und der Wirtschaftspartei zurückgezogen.

Ein Antrag der DDP, die bitters Kollage mehrerer Stadtmagister und verdienter Ehrenbürger durch Gewährung eines Ehrenlozes zu hindern, wurde ebenfalls angenommen.

Nach Erörterung einer Anzahl weiterer Vorträge, die nicht auf Widerspruch stießen, erfolgte gegen 1/10 Uhr Vertagung auf Freitag 4 1/2 Uhr.

Kommunistische Beerdigungsdemonstration.

Bei den Erwerbslosenunruhen am 16. Oktober, die mit einem Zusammenstoß zwischen Arbeitlosen und Polizei endeten, war bekanntlich ein Arbeiter namens S. verletzt worden, der dann später im Krankenhaus starb. Am gestrigen Donnerstag sollte nun die Beerdigung stattfinden. Die kommunistische Partei hatte die Beerdigung zu einer großen Demonstration der Erwerbslosen und der in den Fabriken Tätigen auszugestalten beabsichtigt und wollte die Leiche S. in der Brauerei Königsplatz auffahren. Von dort aus sollte dann die Überführung nach dem Reußkölner Friedhof stattfinden. Gegen Mittag sammelten sich große Jüde in den einzelnen Stadtteilen und zogen mit roten Fahnen und Tafeln, auf denen die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Errichtung der Arbeiterregierung usw. gefordert wurde, nach dem Sammelpunkt, der Brauerei Königsplatz. Dort angekommen, erließen die Veranstalter der Kundgebung eine unangenehme Ueberraschung. Die Leiche war nämlich gar nicht dort ausgehakt, sondern von den Angehörigen S. in aller Stille nach dem Reußkölner Friedhof übergeführt worden. Infolgedessen fiel der beabsichtigte Trauergang ins Wasser. — In der Reußkölner Vereinsbrauerei sammelten sich ebenfalls Erwerbslose in der Absicht, von hier aus in gemeinsamem Demonstrationszuge zum Gemeindefriedhof zu ziehen. In dem großen Brauereigarten hielten Erwerbslose Reden, um zum Schluß aufzufordern, von einem Demonstrationszuge abzusehen, da die Leiche des Arbeiters S. erst am Freitag vormittag beerdigt werden soll. Dieser Aufforderung folgten der weitaus größte Teil der Menge nach und zerstreute sich bald. Einige Personen mußten jedoch den Weg mit zur Wade antreten.

Wie wir weiter erfahren, hat der Polizeipräsident die Beerdigung des Arbeiters S. für morgen früh auf dem Reuen Gemeindefriedhof Reußkölner freigegeben. Es mag dabei erwähnt werden, daß die Erwerbslosen zunächst überhaupt keine Demonstration geplant hatten. Lediglich die kommunistische Partei war es, die mit allen Mitteln versuchte, eine Straßenkundgebung fertigzubringen. Wie wir von anderer Seite hören, steht auch die Frau des verstorbenen Arbeiters S. der geplanten Veranstaltung der Kommunisten ablehnend gegenüber.

Jugendveranstaltungen und Vergnügungssteuer.

Wiederholt wurden Veranstaltungen, die der Jugendpflege dienen, von den Gemeinden zur Vergnügungssteuer herangezogen. Der Reichsminister des Innern hat deshalb im Einver-

ständnis mit dem Reichsminister der Finanzen die Landesregierungen gebeten, die Gemeinden darauf hinzuwirken, daß sie nicht derartig sind, Veranstaltungen, die der Jugendpflege dienen, auch solche von Jugendverbänden und örtlichen Jugendvereinen, zur Vergnügungssteuer heranzuziehen, da diese nach den Bestimmungen über die Vergnügungssteuer von der Steuer befreit sind. Diese Befreiung gilt auch für Gemeinden, die besondere Steuerordnungen erlassen haben.

Friedhof Nausers Reisepfad, welches am 4. Oktober bei Bitterfeld gestohlen wurde, ist durch die Bitterfelder Kriminalpolizei nach unermüdlicher Tätigkeit wieder aufgefunden worden. Die Gegenstände hatten die drei Diebe unter sich verteilt, sie konnten nur mit großer Mühe wieder herbeigeführt werden. Als Täter sind ermittelt worden der Arbeiter Max Höfer, der Zimmermann Hugo Grün und der Schlosser Kurt Jummel, alle drei in Bitterfeld wohnhaft. Die Täter sind festgenommen worden.

Der Brotpreis bleibt am heutigen Tage unverändert. Er beträgt für ein Brot nach wie vor 10 Milliarden Mark.

Ein Sechsjähriger. Am 26. Oktober begehrt Genosse Reichs- tagabgeordneter Hermann Köppler seinen 60. Geburtstag. Seit 1888 gehört er der Partei an, die ihn 1912 in den Reichstag und 1918 in die Nationalversammlung delegierte. Dem Reichstag vertritt Genosse Köppler jetzt noch an. Im Jahre 1888 begann auch Köpplers Tätigkeit zum Aufbau der Mühlener Arbeiterorganisation; bei Gründung des Verbandes wurde er zum Redakteur der Hochzeitung gewählt und 1894 zugleich zum Vorsitzenden des Verbandes, der 1910 mit dem Brauereiarbeiterverband verschmolzen wurde. Im neuen Verbande befehlet Köppler zurzeit den Posten eines 2. Vorsitzenden.

Folgende Linienänderungen der Straßenbahn finden ab heute statt: Linie 60 Schöneberg—Friedenau—Rudowstraße bzw. Eisdielein Lindenhof—Weihensee Schloß wird bis zur Reunbahnstraße in Weihensee verlängert. Auf der Linie 8 fahren die Wagen in Richtung B über Rettelbeday—Kohlentaler Platz usw. sechs Minuten früher 18, 22, 48, 58 anstatt jetzt 4, 19, 34, 49 Minuten nach der vollen Stunde.

Beitragbildungsausschuss Groß-Berlin (S. Kreis, Friedrichshain, Arbeiterbildungsschule). Die Beitragsreihe „Mary Theorie“ muß wegen der hohen Kosten für Wiete abgebrochen werden.

Gemeinschaft proletarischer Musikfreunde. Am Samstag, den 27. Oktober, abends 8 Uhr, hält Prof. Leo Kestenberg im Vemerschulhaus, Engelstr. 24/25, einen Vortrag über: „Die Notwendigkeit künstlerischer Betätigung der Arbeiterchaft“. Eintritt frei. Zu dem am 5. November im Saalbau Friedrichshain stattfindenden Symphoniekonzert hält Prof. Kestenberg am Mittwoch, den 31. Oktober, abends 8 Uhr, in der Aula des Sophien-Realgymnasiums, Ebnstr. 31/34, einen Einführungsvortrag ab. Gähre willkommen. Eintritt frei. Karten zum Symphoniekonzert in der Verordnungs-Druckhandlung, Lindenstr. 2 und bei Forst, Engelstr. 24/25.

Für Stimm- und Sprachranke, Erlaubnis und Schwerehörige. Beginn in der ersten Universitäts-Hals-, Rosen- und Ohrenklinik der Charité neue Kurse der Stimme und Sprache und im Sprechklub (Ableiten des Gehörlosen), auch für Kriegsteilnehmer. Meldungen dabei! Ebnstr. 11, Eingang 3, bei Professor Dr. J. J. J. J., wochentags außer Mittwoch und Sonnabend um 12 Uhr.

Heber, Woburnum und Möbel vom Altertum bis zur Neuzeit. Veranstaltung der Jugendabteilung des Deutschen Holzarbeiterverbandes am Samstag, den 27. d. Mts., abends 7 Uhr, in der Aula der Berufsschule Langestraße 31 (Nähe Schlesischer Bahnhof) einen Vortragsabend. Referent: H. Schildebrandt, Redakteur des Fachblattes für Holzarbeiter. Eintrittspreis 5 Millionen Mark. Erwachsene zahlen am Eingang 5 Millionen Mark nach. Karten im Bureau Langestraße 30 und bei den Obdauern.

Bereinigung der Freunde von Religion und Völkerverfeinden. — Deutsche Friedensgesellschaft, Crügerstraße Berlin. Universitätsprofessor Dr. J. M. Hertweg-Dorn spricht am Samstag, den 27. Oktober, abends 7 Uhr, in der Ruch-Bismarck-Schule, Charlottenburg (Ebnstr. 11, Eingang 3), Ebnstr. 2/4. Thema: „Katholischer Sozialismus im Rheinland“. Publikum. Das Fest der Seltsamen Sozietät feiert heute der Genosse Wil. beim 33. d. Mts., Ritterstraße 13.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Abteilungs- und Kreisversammlungen der Sozialisten. Freitag, den 26. Oktober, 7 1/2 Uhr. Gewerkschaftsbau, Engelstr. 24. Alle Abteilungen und Kreise müssen vertreten sein. Referat des Genossen Hoffmann-Schmergenhöl, A. d. R.: „Das Sozialistenbewußtsein“.

5. Kreis, Friedrichshain. Kommunale Kommission. Freitag, den 26. d. Mts., 7 Uhr. Sitzung der Obsteuereinschätzungskommission, Komminer Straße 33, Durchgang 4 Treppen. Sämtliche Obsteuereinschätzungskommissionen sind zu erscheinen.

17. Kreis, Lichtenberg. Freitag, den 26. Oktober. Bibliothek, Weidenfeldstr. 26. Vortrag des Genossen Rühl über: „Die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung“. Eintrittspreis 1 1/2 Millionen. Der Vortrag dauert jeden Freitag um 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. Die Abteilungsleiter werden ersucht, die nicht verkauften Teilnehmerkarten zurückzugeben und mit den verkauften bis Donnerstagabend unbedingt abzurechnen. Ferner sind bis Freitag die Theaterkarten abzurechnen.

- 18. Kreis, Weiskesee. Freitag abend 7 1/2 Uhr Fortsetzung der Parteiverammlung der „Gegensatz“ im Chemiefabrik im Reagenzschloß. — Karten für die Vorträge: „Die Arbeiterbewegung im Osten“, „Die Arbeiterbewegung im Westen“, „Die Arbeiterbewegung im Norden“ und „Die Arbeiterbewegung im Süden“ im Reagenzschloß am 10. und 11. Oktober im Reagenzschloß, Genossen Heil, Götterstraße 7, zu entnehmen.
- 6. Kreis, Kreuzberg. Sozialistisch-wissenschaftlicher Diskussionsabend für Beamte. Beginn Sonntag, den 27. Oktober. Juristische Erörterung, Lindenstraße 3. Ref. Genosse Dr. Gromsch. Thema: „Die materielle Selbstverwirklichung“. Beamte, auch aus anderen Kreisen, willkommen.
- 7. Kreis, Charlottenburg. Sonntag, den 27. Oktober, 6 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Straße 4. Fortsetzung der Freien Schulgemeinde.

Heute, Freitag, den 26. Oktober:

- 11. 10 1/2 Uhr bei Kaiser, Sophienstraße 24. mittige Funktionärerversammlung. — Bildungsausschuss 7 Uhr 22. Fortsetzung der Bildungsausschuss. — Eintritt 30 Millionen.
- 12. 10 1/2 Uhr im Erdbeim, Schönheitsstraße 1. Mittige Versammlung.

Frauenversammlung am Freitag, den 26. Oktober:

- 1. bis 20. Kreis. Funktionärinnenkonferenz 6 Uhr Jugendheim, Lindenstr. 3. Rühres siehe Rosennote.

Jugendveranstaltungen.

Achtung, Abteilungsleiter!

Für die Theateraufführung am 11. November werden Karten zum Grundpreis von 200 Millionen auszugeben. Die Abteilungsleiter werden ersucht, die Karten umgehend abzugeben. Einzelkarten sind zum Grundpreis von 200 Millionen zu haben.

Achtung, Kassierer!

Die Beitragsmarken für November müssen abgeholt werden. Achtung! „Führer“ und „Internationale“ für Oktober sind abgeholt.

Heute, Freitag, den 26. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:

- Wilmersdorf. Gemeindefriedhof, Freitag: „Geschichte der Arbeiterbewegung“ — Ref. Chauvestr. 48 II. Vortrag: „Gibt es ein Fortleben nach dem Tode?“ — Charlottenburg. Jugendheim Köpenicker Straße 4. Vortrag: „Geschichte der Revolution“, I. Teil. — Landsberg. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Darmstadt“, — Rosin. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner. Jugendheim Köpenicker Straße 14. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner II. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner III. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner IV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner V. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner VI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner VII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner VIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner IX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner X. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XXI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XXII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XXIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XXIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XXV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XXVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XXVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XXVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XXIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XXX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XXXI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XXXII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XXXIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XXXIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XXXV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XXXVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XXXVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XXXVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XXXIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XL. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XLI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XLII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XLIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XLIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XLV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XLVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XLVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XLVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner XLIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner L. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXXI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXXI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXXI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXXI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXXI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXXI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXXI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXXI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXXI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXXI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXXI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXXI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXXI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXXI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXXI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXV. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXVIII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXIX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXX. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXXI. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „Karl Marx's Leben“, — Reußkölner LXXXXXXXII. Schule Döberstraße 13. Vortrag: „K